

# Volkswacht

für Schlessien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur, Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Marktstraße 4/6, durch die Haupt-Vertriebsstelle: Marktstraße 140, sowie durch alle Auslieferungsbüros zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu nichten wöchentlich 10 Goldpfennige, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,05 Goldmark.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**  
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Breslau 2**  
Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlessien 14 Pf. Auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tag 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegenheiten 10 Pf., kleine Anzeigen pro Zeile 10 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11 Uhr 11 Tag vorher, in der Haupt-Expedition Marktstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

## Die Woche der Arbeiterjugend.

## Der zweite Akt der Volksbefragung.

### Die Jugend voran!

Von Hermann Müller-Franken.

Keine Zeit hat so sehr die verständnisvolle Zusammenarbeit von alten und jungen Sozialisten erfordert, als die heutige. Nach einem Zusammenbruch in fürchterlichem Ausmaß sollte in Politik und Wirtschaft ein tragfähiger Neubau erstehen. Welches Geschlecht hat in einem Menschenalter soviel erlebt als das in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts? Wer hätte 1910 für möglich gehalten, daß die Schrecken des Krieges vier Jahre lang dauern und dieser allmählich zwei Drittel der gesamten Erde in seinen Bannkreis ziehen könnte? Wer hätte 1910 geglaubt, daß 10 Jahre später das deutsche, das österreichische, das russische Kaiserreich der Vergangenheit angehören würden?

Andererseits, wie lange hat es gedauert, bis nach diesem verheerenden Morden und Gütervernichten die Regierenden der Welt wieder zu dem Bewußtsein gekommen sind, daß nicht alles wieder so werden würde, wie es noch im Jahre 1918 war? Heute haben Währungsverfall, Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit und wie die Kriegsfolgen alle heißen, in den Siegerländern die Zahl derer vermehrt, die in der Wiederaufzucht nationalstaatlicher Methoden der Vorkriegszeit nicht ein Heilmittel gegen die Schäden der Nachkriegszeit sehen.

Daher in allen Ländern die zunehmende Erkenntnis, daß nur eine gemeinsame Arbeit am europäischen Wiederaufbau die allmähliche Gesundung bringen kann. Dieser Wiederaufbau muß im Geiste der Völkervereinigung in Angriff genommen werden. Vollendet werden kann er aber nur durch die Jugend von heute. Bei dieser Arbeit muß unter der Jugend die sozialistische Arbeiterjugend führend sein. Warum? Sie hat schon im Frieden den Geist der Völkervereinigung gepflegt. Sie hat schon im Frieden ihr ganzes Streben auf die baldige Besserung des Loses der Menschheit gerichtet. Sie hat nicht in die Vergangenheit geschaut, in der die Mittel des kaiserlichen Obrigkeitsstaates die Jugend selbst von freierlichem Denken abhalten wollten. Freilich war dieses Unterfangen vergebens. Seit zwei Jahrzehnten haben viele unserer Seiten sich in der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung die ersten Spuren verdient. In der Arbeiterjugendbewegung wurden die jungen Arbeiterinnen und Arbeiter reif gemacht für die großen geschichtlichen Aufgaben der klassenbewußten Arbeiterbewegung. So konnten die jungen sozialistischen Arbeiter mit innerer Teilnahme an die großen und schweren Aufgaben herangehen, die nach der Revolution und infolge der Schaffung der deutschen Republik die Mitverantwortung der jungen Generation erforderten. Nach dem Sturz der Monarchie brauchten sie sich nicht auf den bekannten doppelten Boden der Tatsachen zu stellen. In ihnen lebte bereits der Geist der neuen Zeit, in ihre Seele war als ideale Erbe der sozialistischen Vorkämpfer unserer großen Vergangenheit. Nun schreitet dieses ideale Erbe auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nach Verwirklichung. Die Proklamierung der Republik und ihre Verankerung im Verfassungswerk von Weimar sind Tatsachen, die den Fortschritt in der Richtung der freierlichen Entwicklung selbst den Blinden zeigen. Jetzt aber gilt es, der Staatsform den sozialen Inhalt zu geben. Hier hat die Revolutionszeit zu tun viel übrig gelassen. Hier muß die Arbeiterjugend einziehen. Auch der neue Staat ist zunächst noch Klassenstaat. In ihn gilt es einzudringen. Ihn gilt es, sozial völlig zu durchdringen. Ihn gilt es für die Arbeiterklasse zu erobern, damit er umgestaltet werden kann zum Wohlfahrtsstaat für die werktätigen Massen.

Das wird noch eine Riesenaufgabe sein. Das Kapital ist noch mächtig. Auch Arbeiterinnen und Arbeiter sind noch zu Millionen ihm geistig zugehörig. Deshalb muß unsere Arbeiterjugend für den Kampf um eine bessere Zukunft das beste geistige Werkzeug mit auf den Weg bekommen. Mit ihrer geistigen Ausrüstung kann nicht früh genug begonnen werden. Darum haben alle klassenbewußten Arbeiterinnen und Arbeiter die Pflicht, ihre Mädel und Jungens nach der Schulentlassung der sozialistischen Arbeiterjugend zuzuführen. Auch die Mädel! Die Revolution hat den Frauen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung gebracht. Sie bedürfen deshalb der gleichen Schulung wie die Männer. Vor allem brauchen wir die Frauen, gerade im Kampf gegen den Kriegszustand für den dauerhaften Frieden der Welt.

Die Jugend hat Neuland zu pflügen. Aber auch das kommende Neue ruht auf den besten Ueberlieferungen des Alten. Die sozialistischen Ideale, die unseren Vorkämpfern den unbedingten Glauben an den Sieg des Sozialismus gaben, haben heute noch ihren alten Kurswert. Wir müssen der Jugend die Ideale erhalten, die sie befehlen sollen, das zu erfüllen, was uns unsere Vorkämpfer verheißen haben. Dazu brauchen wir eine fürperlich und geistig frische Arbeiterjugend. Unser Ziel ist und bleibt die Erlösung der sozialistischen Gesellschaft, in der die politische und ökonomische Gleichberechtigung durch-

geführt ist, in der allein eine wahre Volksgemeinschaft möglich ist. Dieses Ziel wird erreicht werden! Die Jugend muß es schaffen! Sie wird es umso eher schaffen, je mehr Kräfte ihr bald zugeführt werden. Deshalb, Arbeiterinnen und Arbeiter, nicht die Werbung für die Arbeiterjugend! Hinein mit euren Töchtern und Jungens in unsere Arbeiterjugend, damit für alle schaffenden Kräfte im deutschen Volke bald eine neue, eine bessere Zeit, heraufgeführt werde.

### Die Kölner Befreiungsfeier.

Massenaufmarsch des Reichsbanners. — Dank des Rheinlandes an die Verfassungsgewalt.

Köln, 21. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Befreiungsfeier“ der Kölner Zone, die am Sonnabend und Sonntag unter starker Beteiligung der Gesamtbevölkerung Kölns ihren Verlauf nahm, hat gehalten, was republikanische Kreise sich von dieser Feier versprochen. Sie wurde zu einer festen und einträchtigen Kundgebung für den republikanischen Gedanken. Ueberall überwogen die Farben des neuen Deutschlands. Sehr stark war die Beteiligung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, dessen Truppen auch aus Süd- und Mitteldeutschland, ja sogar aus Schlessien, nach Köln gekommen waren.

Unter klingendem Spiel wurden Bundesorchester und Bundesbanner zum Hauptquartier geleitet. Der Abend sah dann die erste große Massendemonstration des Reichsbanners, das sich in den Ringstraßen der Stadt zu einem Fackelzug formierte, der 15 000 bis 20 000 Teilnehmer zählte und dessen maßgebende Disziplin für die Kölner Bevölkerung ein bisher nicht gekanntes Schauspiel bot. Im Laufe der Nacht trafen weitere hunderttausende Reichsbanner-Kameraden ein, die am Sonntag mittag zu einer bisher in Köln nie gekannten Kundgebung für die republikanische Staatsform aufmarschierten.

In auffallendem Gegensatz zu dieser sehr starken Beteiligung des Reichsbanners stand das geradezu läghliche Vergehen der rechtsradikalen Organisationen. Innerhalb weniger Wochen ist es der Millionenorganisation des Reichsbanners möglich gewesen, viele hunderttausende Reichsbannerkameraden ohne einen Pfennig öffentlicher Mittel nach Köln in Marsch zu setzen.

Köln, 22. März. (Eigener Funkenbericht.) In seiner Ansprache bei der Befreiungsfeier in der großen Messehalle, der außer dem Reichspräsidenten und dem preussischen Ministerpräsidenten die Minister Marx, Curtius, Severing und Hirth sowie die Ministerpräsidenten von Bayern, Baden und Oldenburg und die Präsidenten von Reichstag und Landtag bewohnten, erinnerte Oberbürgermeister Widenauer an die Leidenszeit der Befreiung: „Der Mai 1924, so fuhr der Oberbürgermeister dann fort, brachte in Frankreich den Umsturz. Es folgte London, Locarno, Genf. Ob der Weg über London, Locarno, Genf zum Wiederaufstieg Deutschlands, ob er zur Befreiung und Wohlfahrt Europas führen würde, nur die Zukunft kann es erweisen. Aber das eine steht fest, ohne London, ohne Locarno würden wir diese Feier noch nicht begehen können.“

Die Rede des Innenministers Severing galt dem Gedanken der Völkervereinigung, auf daß an alle friedlichen Nachbarn wieder das Lied am Rhein erklinge: „Strömt herbei, ihr Völkervölker.“ Wir wollen mit den ehemaligen Feinden, erklärte Severing, in ein erträgliches und verträgliches Verhältnis kommen. Wir wollen die Verständigung, wir wollen den Völkervereinigung. Und wenn der Eintritt Deutschlands in den Völkervereinigung dazu notwendig ist, dann wollen wir eintreten.

Reichspräsident Hindenburg gedachte zunächst der Bundesregierung des noch besetzten Gebietes und derer, die in den letzten Jahren Leben, Freiheit und Heimat hingaben, um nicht dem Vaterlande untreu zu werden. „Auch das soll un-ergriffen bleiben“, versicherte der Reichspräsident, „daß das Rheinland in Stunden eigener bitterster Not die Reichsregierung immer wieder gebeten hat, die politischen Entscheidungen ohne Rücksicht auf das besetzte Gebiet nur nach Maßgabe der Gesamtinteressen des Reiches und im Hinblick auf Deutschlands Zukunft zu treffen.“ Hindenburg schloß seine Ansprache mit einem Bekenntnis zur deutschen Zukunft, die das Land am Rhein wieder in Freiheit mit dem übrigen Deutschland vereint.

Bei der Feier, die am Abend im Gürzenichhof stattfand, gab Ministerpräsident Braun bekannt, daß die preussische Regierung dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz 300 000 Mark zur Verfügung gestellt hat, damit in den Sommermonaten mehrere tausend Kinder aus der befreiten Zone und aus dem noch besetzten Gebiet in den Genuß einer sechswöchentlichen Erholungs-fürsorge kommen.

### Sowjetjugend und Sowjetpresse.

Zensurierte Berichterstattung über einen Jugendtag. Die Redaktionskommission des Moskauer Kongresses der kommunistischen Jugendorganisationen der Sowjetunion teilt der Presse mit, daß alle Berichte, Betrachtungen usw. über den Kongress nur mit Genehmigung der Redaktionskommission und nach Schluß des Kongresses nur mit Erlaubnis der Presseabteilung der Zentralkommission veröffentlicht werden dürfen. Die während des 14. Parteikongresses der kommunistischen Partei jugend getretenen Gegensätze hatten innerhalb des „Kommunistenjugend“ (der Jugendorganisation der R. P.) einen starken Widerstand gefunden. Die Parteizensurverwaltung läßt erkennen, daß mit Kundgebungen der Opposition auch auf dem jetzt tagenden Parteikongress gerechnet wird, über die deshalb nur in zensurierter Form berichtet werden soll.

Von Paul Löbe.

Das Volksbegehren, der erste Akt der Volksbefragung, hat mit einem gewaltigen zahlenmäßigen Erfolg abgeschlossen. Was manche unserer Parteifreunde nur zögernd zu unternehmen wagten, hat ein millionenfaches Echo im Lande gefunden. Es war eine in Deutschland unbekanntete Waffe, die zum ersten Male angewandt wurde, und ob sie beim ersten Anstich zum endgültigen Sieg führt oder nicht, — sie hat schon jetzt eine unerwartete Reife großer Teile unseres Volkes dargeboten. Wohin sind die Zeiten des Dreiklassenwahlrechts, wo nur fünf bis zehn Prozent der Wähler sich getrauten, ihre Stimme öffentlich abzugeben? Wo keiner, der sich von Arbeitgebern oder Vorgesetzten abhängig fühlte, es wagte, seine Meinung öffentlich zu bekunden? Jetzt fanden sie sich alle ein, Eisenbahner und Postbeamte, Unangestellte und Frauen, Aerzte und Kaufleute, um ihren Namen offen einzutragen. Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Zentrumsangehörige, ja in einer Anzahl Orten sogar Nationale und Völkische. Und je mehr die Gegner unter Volksbegehren als keine Angelegenheit des ganzen Volkes, sondern als eine Sache zweier Parteien bezeichnen, um so größer muß der zahlenmäßige Erfolg eingeschätzt werden, — denn wie mühte sich diese Reife erst dokumentieren, wenn drei oder fünf Parteien zur Abstimmung aufgerufen hätten. Der erste Akt dieses politischen Selbstzeugnisses schließt also mit einem wichtigen Ergebnis: über zehn, vielleicht gar zwölf Millionen mündiger Bürger und Bürgerinnen verlangen das Gesetz zur Enteignung der ehemaligen Fürsten.

Jetzt beginnt der zweite Akt. Er gönnt den Wählern draußen eine Pause und verlegt die Vorentscheidung ins Parlament. Wie unser Volksbegehren schon auf die bisherigen Beschlüsse des Reichstags gewirkt hat, zeigt der Kompromißantrag der Regierungsparteien. Um ihn und um unseren Entwurf entstehen jetzt neue verfassungsmäßige Zweifelsfragen. Der Artikel 75 der Reichsverfassung sagt, daß ein Beschluß des Reichstags durch einen Volksentscheid außer Kraft gesetzt werden kann, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es beantragt und die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung sich beteiligt. Der Artikel 76 verlangt die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten für ein Gesetz, das eine Verfassungsänderung in sich schließt. In beiden Fällen müssen also knapp 20 Millionen Stimmen beim Volksentscheid aufgebracht werden. Man wird den Antrag der Regierungsparteien nicht als eine Aenderung unseres Entwurfs ansehen können, weder nach seinem Inhalt, noch nach der Form seiner Entstehung, und er wird deshalb dem Volksentscheid nicht zu unterwerfen sein. Dagegen besteht kein Zweifel, daß unser Gesetzentwurf den Vorrang vor dem Reichstagsbeschlusse haben würde, wenn er die erforderliche Mehrheit in der Volksabstimmung erreicht. Sonst hätten die ganzen Bestimmungen über den Volksentscheid keinen Sinn. Dagegen ist es nach den oben erwähnten Artikeln 72 und 73 der Reichsverfassung möglich, daß auch der vom Reichstag beschlossene Gesetzentwurf nach dem Volksentscheid unterworfen wird. Voraussetzung ist, daß ein Drittel des Reichstags die Verkündung um zwei Monate hinauschiebt und ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten über diesen Entwurf den Volksentscheid beantragt. Augenblicklich ist nicht anzunehmen, daß dieser Fall eintritt, da ja die Rechtsparteien, welche offiziell heute noch Gegner beider Entwürfe sind, die Agitation um den Fürstenmammont überhaupt scheuen und am liebsten durch Wahlenthaltung unserem Vorhaben entgegenwärteln. Allerdings entkünde beim Vorliegen zweier Entwürfe zum Volksentscheid die Möglichkeit, daß keiner von beiden die qualifizierte Mehrheit erreicht.

Wie die Dinge aber auch laufen werden, wir müssen uns heute schon für den zweiten Entscheidungstag vorbereiten. Die Abstimmung wird dann geheim sein und sich an einem einzigen Tage, einem Sonntage, abwickeln, also die Gestalt der bisherigen Abgeordnetenwahltag haben. Wenn jetzt schon bei öffentlicher Stimmgabe, bei einem ersten Versuch, weit über zehn Millionen Namen für unser Begehren sich einzutragen, braucht an dem Erfolg der zwanzig Millionen nicht gezweifelt zu werden. Auf jeden Fall tritt unser Vorhaben schon jetzt seine Früchte. Materieell fällt die Entscheidung über das Fürstentum auf jeden Fall ganz anders aus als die bisherige Gerichtsverteilung. Welche Kräfte des Volkes sind über die Selbstlosigkeit der ehemaligen deutschen Fürsten so aufgeklärt worden, daß die Mammont keinen schwereren Stoß erhalten konnte, als durch die







# Die außenpolitische Debatte über Genf

Am Sonnabend im Preussischen Landtag dem Reichsteilweise schon vorweggenommen worden. Sie wird im Reichsparlament heute vormittag mit einer Rede des Reichskanzlers ihren Anfang nehmen und wahrscheinlich keine Ueberraschungen bringen. Ein Antrag der Regierungsparteien, die Politik von Locarno fortzusetzen und das Aufnahmegeruch in den Völkerbund aufrecht zu erhalten, hat eine sichere Mehrheit. Die Deutsche Volkspartei hat sich am Sonnabend ausdrücklich in dieser Richtung festgelegt. Die anderen bürgerlichen Mittelparteien betrachteten es als selbstverständlich und die Sozialdemokratie wird erst recht nicht mit Völkischen, Deutschnationalen und Kommunisten zusammen die gefährdeten Anfänge internationaler Verständigungspolitik zerlegen helfen.

Zu deutlich spricht gerade in diesen Tagen der Kölner Befreiungsfeier die Erfahrung der letzten Monate für die positiven Erfolge der Locarno-Politik, die man deswegen noch lange nicht für den gesicherten Anfang des ewigen Friedens halten muß. Die Beschließung des Völkerbundbeitritts in Genf ist im übrigen auch mit einem so starken moralischen Erfolg für Deutschland verbunden gewesen, das vom überwiegenden Teil der Auslandspresse als nichtschuldig an den diesmaligen Störungen bezeichnet wurde, daß die deutsche Außenpolitik sich diesmal ihrer Haltung nicht zu schämen braucht. Im übrigen erscheint die Aufnahme im September ja nun endgültig als gesichert und gerade die Haltung einer Reihe anderer Staaten beweist, welchen Wert alle Diplomaten einem Völkerbundsratsitz heute zuschreiben.

Wenn die Kommunisten ihn trotzdem zurückweisen wollen, so hängt das mit dem heutigen Stand der russischen Außenpolitik zusammen. Unter internationalen Gesichtspunkten werden auch sie eines Tages zur Revision dieser Stellungnahme kommen und die Tribüne nicht mehr verschmähen, von wo aus man wirklich „an alle“ reden kann, wie das die kommunistischen Funksprüche in Zeiten größerer Hoffnung auf die Weltrevolution vergeblich versuchten. Deutschnationalen und Völkische wissen ebensowenig wie ihre Verbündeten von links eine andere Außenpolitik als die jetzt betriebene vorzuschlagen. Die romantischen Pläne eines Kriegsbündnisses mit Mussolini oder auch mit den Russen (Nebel-Revolution) werden sie im Reichstag nach der jüngsten Entwicklung kaum ernsthaft noch einmal vorbringen können.

Verteidiger der heutigen Völkerbundverfassung und der heutigen Völkerbundspolitik der führenden Großmächte mit ihren diplomatischen Sondergeschäften wird es in Deutschland kaum mehr geben. Die Anhänger deutscher Mitarbeit an der Reform des Völkerbundes im Sinne wirksamer Friedenspolitik aber haben sich seit 1919 alljährlich unter dem Eindruck der Tatsachen so rasch vermehrt, daß auch die jetzige Völkerbundskrise keinen Rückschlag gegen die Vernunft mehr bei uns bringen dürfte.

## Die Rückwirkung der Genfer Vertagung auf Amerika

Es nach einer Darstellung des New Yorker Korrespondenten des „Manchester Guardian“ recht ungünstig. Zum ersten Male seit mehreren Jahren sei halbamtlich eine pessimistische Darstellung der europäischen Entwicklung veröffentlicht worden. Darin werde angedeutet, daß Europa zur Theorie vom Gleichgewicht der Mächte zurückkehre, die immer die Ursache von Kriegen sei. Allgemein sei man überzeugt, daß Brasiliens Widerspruch gegen Deutschlands Aufnahme von einer europäischen Macht (Italien! Reb.) angeregt gewesen sei. Die Aussichten der Abrüstungskonferenz würden demgemäß gering eingeschätzt und Amerikas Beteiligung sei wieder zweifelhaft, zumal die kritische europäische Aufnahme der Vorbehalte des Senats für den Beitritt zum Weltgerichtshof maßgebende Kreise verstimme. Die Verantwortlichen internationaler Solidarität hoffen noch auf Klärung von Mißverständnissen durch die morgige Rede Chamberlains.

## Neuer Valutasturz in Frankreich.

Nach der Ablehnung der sozialistischen Kapitalsteueranträge

Paris, 22. März. (Fig. Huntbericht.) Der neue Sturz des Francs, der am Sonnabend die Rekordhöhe von 139 für das Pfund erreichte, hat große Bekämpfung hervorgebracht. Der Anfall der Zuschläge auf die direkten Steuern hat das Schicksal in eine kritische Lage gebracht und das monatliche Defizit auf 400 Millionen Francs erhöht. Bekanntlich ist der sozialistische Sanierungsvorschlag von der Regierung Briand abgelehnt worden, da sie neue Kapitalbelastung scheute. (Reb.)

Paris, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialistische Partei Frankreichs veröffentlicht einen Aufruf an ihre Wähler, in dem sie die politische Lage darlegt und sich insbesondere gegen den Vorwurf verteidigt, daß die Sozialisten verantwortlich seien für die politischen Ereignisse, die sich seit den Wahlen vom 11. Mai 1924 ereignet haben. Der Aufruf schildert die politische Entwicklung seit den letzten Wahlen und erklärt, daß die Regierungen, die dem Ministerium Herriot gefolgt sind, sich immer weiter von der Erfüllung des Volkswillens, wie er im Wahlergebnis zum Ausdruck gekommen ist, entfernt haben. Es wird dann an die Mitarbeit der Sozialistischen Kammerfraktion bei der Ausräumung der letzten großen Finanzvorschlüsse des Links-Partells erinnert, deren Durchführung durch den Anfall des rechten Flügels des Links-Partells bei der Abstimmung unmöglich gemacht worden sind. Alle Versuche, die Arbeiter der Arbeiter, eine stabile demokratische Regierung zu bilden, würden wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft die Unterstützung der Sozialisten finden. Die Sozialistische Partei Frankreichs sei allerdings der Ansicht, daß eine energische Aktion zur Wiederherstellung der Staatsfinanzen und zur Sicherung der Wahrung einhergehen müsse. Die Sozialisten erklären dem Lande, daß sie bereit seien, die Regierungverantwortung zu übernehmen, in der Überzeugung, daß eine Regierung, die unmöglich sei, die Spekulation zu bekämpfen und den Steuerungerechtigkeiten ein Ende zu machen, die Unterstützung der gesamten Nation finden werde.

# Die Krise der allnationalen Koalition im Tschechenland.

Ein Verständigungsversuch der deutschen Sozialdemokraten.

Aus der Tschechoslowakei schreibt uns unser deutschböhmischer Mitarbeiter: Um die allnationale Koalition, die nicht mehr arbeitsfähig war, zu kräftigen, wurde das tschechoslowakische Parlament im Vorjahre vorzeitig aufgelöst. Die Wahlreform, die einer ganzen Reihe oppositioneller Gruppen die Stimmen zugunsten der Koalitionsparteien raubte, verhalf der Koalition wieder zur Mehrheit, wenn auch zu einer recht knappen. Aber innerhalb der Koalition verlohren sich infolge des für die tschechischen Sozialdemokraten so ungünstigen Wahlausganges die Kräfteverhältnisse ganz bedeutend. Die Sozialdemokraten wurden vom Platze der stärksten tschechischen Regierungspartei auf den zweiten Platz zurückgedrängt. Und damit wurde die allnationale Koalition erst recht arbeitsunfähig.

Denn die bürgerlichen Parteien zögerten nicht, ihren Sieg auszunutzen. Agrarier, Klerikale, tschechische Nationalsozialisten, die neu in die Koalition aufgenommene Gewerkschaftspartei — sie alle meldeten ihre Ansprüche an. Die Bedeutung für die Regulierung der Staatsbeamtenbezüge soll durch Erhöhung der Lebensmittelpreise und -zölle gewonnen werden. Die Klerikalen verlangen die Erhöhung der Bezüge der Geistlichen. Die Agrarier fordern die Einführung fester Getreidezölle. Die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien verlangt — entgegen den Vorschriften des Wehrgesetzes — die Beibehaltung der achtzehnmönatlichen militärischen Dienstzeit. Forderungen, denen die tschechischen Sozialdemokraten, so opferbereit sie auch sind, um die Koalition zu erhalten, doch nicht zustimmen konnten. Um alle diese Fragen taubte seit Monaten heftiger Streit in den Reihen der allnationalen Koalition und die Unmöglichkeit, diese Gegensätze, die in ihrem Wesen Klassengegensätze sind, zu überbrücken, zwangen die Koalitionsregierung zur Demission.

Noch am 16. März wurde ein Mißtrauensantrag der Opposition mit 155 gegen 103 Stimmen abgelehnt, wobei sich die schon halb für die Koalition gewonnenen slowakischen Klerikalen der Stimme enthielten und die Minister sich selber das Vertrauen bekundeten. Aber am folgenden Tage mußte die Regierung demissionieren. Die Regierungsparteien waren wohl einig in der Abwehr der oppositionellen Vorstöße, sonst aber über nichts, nicht über die dringendsten Fragen. Auch der geschätzte Ministerpräsident Svehla, der es bisher noch immer verstanden hatte, die Auseinandersetzungen beisammenzuhalten, war am Ende seiner Kraft. Zudem ist er tatsächlich so ernstlich erkrankt, daß er der Erholung dringend bedarf. Und da der zu seinem Stellvertreter ausersehene tschechische Sozialdemokrat Bechyne außerstande war, den agrarischen Forderungen auf Einführung fester Getreidezölle zuzustimmen, blieb nichts anderes übrig, als die Demission der Regierung.

Jede neue parlamentarische Regierung fände die gleichen unüberwindbaren Schwierigkeiten vor. So blieb nichts anderes übrig als die Bildung einer Beamtenregierung. Mit dieser Aufgabe wurde wieder der ehemalige k. k. Bezirkshauptmann Cerny, der schon einmal, nach dem Sturz der Regierung Tuzar, Kothesker war. Die Krankheit, an der die Tschechoslowakei leidet, und deren Ursache die Konstitution des Staates ist, vermag natürlich auch der Bureaucrat Cerny nicht zu heilen. Aber er wird vielleicht manches, was auf parlamentarischem Wege nicht zu erreichen ist, weil nicht die Zustimmung aller Koalitionsparteien zu gewinnen ist, auf dem Verordnungswege erledigen. Das ist zwar nicht ganz geistlich, aber die tschechischen Parteien werden sich darüber nicht aufregen, wenn zum Beispiel auf solche Art die Agrarzölle Wirklichkeit werden, und nach der Meinung der Opposition wird nicht gefragt. Die tschechischen Parteien können dann, unbelastet durch so unpopuläre Regierungstaten, wieder versuchen, eine neue Regierung der allnationalen Koalition zu bilden.

Aber selbst, wenn das wieder gelingen sollte, — die alten Probleme bleiben und werden jeder neuen allnationalen Koalition die gleichen Schwierigkeiten machen. Es bleibt die Ungeklärtheit der nationalen Frage, — denn die Regierungsbildung haben sie ja nicht gelöst, sondern die Stimmung unter den Minderheiten nur noch mehr verbittert. Und es bleibt der Widerspruch der Koalition der tschechischen Sozialdemokraten mit den tschechisch-bürgerlichen aller Schattierungen, der sie zwingt, gegen die Klassen- und Parteigenossen der anderen Nationen zu regieren. Und damit bleiben natürlich auch die Klassengegensätze innerhalb

der Koalition, die den tschechischen Sozialdemokraten die Situation um so qualvoller machen müssen, je selbstbewusster die bürgerlichen Parteien werden. Und gelingt der Plan, die slowakischen Klerikalen in die Koalitionsgemeinschaft aufzunehmen, dann werden die Sozialdemokraten ganz einflußlos, dann wird die Macht der Reaktionen um so stärker, denn die slowakischen Klerikalen sind so ziemlich das Rückgrat, was man sich vorstellen kann.

Die deutschen Sozialdemokraten haben versucht, einen Ausweg zu zeigen. Sie haben im tschechischen Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der den nationalen Ausgleich anbahnen soll. Die Regierung wird aufgefordert, einen Antrag vorzulegen, der die Verwaltung des Staates so reorganisiert, daß national möglichst einheitliche Verwaltungsgebiete geschaffen werden, innerhalb welcher Gebiete die Verwaltung nach den Grundzügen der vollen demokratischen Selbstverwaltung zu ordnen ist. Die national-kulturellen Angelegenheiten soll jede Nation durch autonome Organe selbständig besorgen. Der verfassungsmäßige Schutz gegen Entnationalisierung ist durch Erlassung der notwendigen Durchführungsbestimmungen zu ordnen. — Zur Beratung und Berichterstattung binnen Monatsfrist soll dieser Antrag einem zweiunddreißig-gliedrigen Nationalitätenausschuß zugewiesen werden.

Der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratischen Partei, Genosse vr. Czeh, begründete diesen Antrag in einer sehr wirkungsvollen Rede. Sie war wirkungsvoll, weil sie die Tschechen an ihre Kämpfe gegen alle Ökros in nationalen Fragen — ehemaligen Oesterreich erinnerte, weil sie auf das Beispiel der Genossen in Polen verwies, die sich der Rechte der nationalen Minderheiten annehmen, weil sie darauf verwies, daß unsere Genossen in dem kleinen Lande Kärnten die Verständigung mit der an Zahl geringen slowakischen Minderheit anbahnen, während in der Tschechoslowakei, in diesem Lande mit so großen nationalen Minderheiten, einfach nichts geschieht. Und die Rede des Genossen Dr. Czeh war wirkungsvoll, weil sie auf den Ernst der Stunde verwies, weil sie zeigte, daß Regierung und Parlament gelähmt werden durch die Fortdauer der Konflikte.

Die Rede fand besonders bei den tschechischen Sozialdemokraten Beachtung. Sie hielten mit ihrer Anerkennung nicht zurück. Aber — das Blatt der tschechischen Genossen, das „Pravo Lidu“, erwähnte den Inhalt der Rede überhaupt nicht und schweig die Verständigungsanträge der deutschen Genossen einfach tot. Das läßt wahrlich nicht auf die Bereitschaft schließen, sich mit dem ersten Antrage der deutschen Sozialdemokraten ernsthaft zu beschäftigen. Das zwingt fast zur Befürchtung, daß dem neuen Verständigungsantrage das gleiche Schicksal beschieden sein wird, wie jenem Verständigungsantrage, den Genosse Dr. Czeh im Jahre 1923 einbrachte und der von den Koalitionsparteien, auch von den tschechischen Sozialdemokraten, glatt abgelehnt wurde! Noch soll der letzte Hoffnungsschimmer nicht erloschen werden. Noch wollen wir glauben, daß die tschechischen Genossen nur Zeit gewinnen wollten, um zu diesem Vorschlage der deutschen Sozialdemokraten in ruhiger Ueberlegung Stellung zu nehmen. Denn wenn auch dieser Verständigungsversuch vereitelt wird, dann ist jedes solches Bemühen auf lange Zeit hinaus zur Ausichtslosigkeit verdammt. Dann wird der nationale Kampf weiter wüten und die Kraft der Arbeiter aller Nationen wird durch ihn weiter gelähmt werden. Und in weite Ferne gerückt wird, was die Schicksalsfrage der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei ist, die Bereinigung der sozialdemokratischen Parteien zum gemeinschaftlichen Kampfe wider den gemeinsamen Feind. J. H.

## 62 Tote in Peking.

Die Peking Schierei hat nach den bisherigen Feststellungen 62 Todesopfer gefordert. Von der Regierung wird behauptet, es habe sich bei dieser Studenten demonstration um einen ernsthaften, großangelegten Umsturzversuch gehandelt, bei dem die Benutzung von Waffen und Bomben sowie Brandstiftung geplant war. Diese Behauptung widerspricht, laut „Frankfurter Zeitung“, den Aussagen aller erreichbaren Augenzeugen. Ein von dem provisorischen Staatschef erlassenes Edikt ordnet die sofortige Verhaftung aller revolutionären Bestrebungen und die Verhaftung von Hui Tschien, sowie von vier anderen Hochschullehrern an, die als Anführer des „Umsturzversuches“ bezeichnet werden.

Abberufung Frau Kollontais. Das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjetunion hat beschlossen, die bisherige bevollmächtigte Vertreterin der Sowjetunion in Oslo, Frau Kollontai, von ihren Amtspflichten zu entbinden. Zu ihrem Nachfolger wurde der frühere Volkskommissar in Rom, Matar, ernannt. — Da Frau Kollontai gleichzeitig keinen anderen Posten erhält, ist sie also nach Moskau unerforschlichen Nachschlüssen gemäß regelt worden.

## Aus aller Welt.

Eine Pippische Freilicht-Spende. Das Pippische Landesparlament hat zur Ehrung des im Deimold geborenen Dichters Freilicht eine Spende von 2000 Mark ausgegeben, aus der in den nächsten zwei Jahren fünfmal je 400 Mark an befähigte Kinder unbemittelter Eltern zu ihrer Aus- und Fortbildung gewährt werden sollen.

Freigabe des Films „Freies Volk“ in Bayern. Die bayerische Regierung hatte im Anfang dieses Monats die Aufführung des Films „Freies Volk“ für Bayern verboten und bei der Filmoberprüfstelle in Berlin das Verbot des Films für das ganze Deutsche Reich beantragt, weil es angeblich geeignet sei, ein falsches Bild von den Verhältnissen in Deutschland zu geben und dadurch die öffentliche Ordnung zu gefährden. Die Filmoberprüfstelle hat nunmehr den Film nochmals geprüft und ihn unter Streichung einiger belangloser Stellen zur Aufführung für das ganze Deutsche Reich einschließlich Bayern freigegeben. Es ist jetzt erforderlich, diesen Film durch Massenbesuch der Aufführungen einen Siegeszug durch ganz Deutschland zu führen und dadurch zugleich einen Protest gegen die dauernde Verhöhnung unseres Volkes mit antidemokratischen Filmen, die von den Behörden ungeschickt bleiben, zu gebenden.

Das Glaserrestaurant am Berliner Hauptbahnhof wird demnächst seiner Bestimmung übergeben werden. Augenblicklich ist man jetzt damit beschäftigt, massive Betonwände herzurichten, die in verschiedener Höhe angebracht werden. Der Lärm wird, wie nun endgültig feststeht, aber große Kunstplattformen erhalten, von denen je zwei dicht beieinander in etwa 50 Meter Höhe liegen, die beiden anderen in ungefähr 120 Meter Höhe. Auf der größten, die man bei dem Lärm zuerst erreicht, wird das Restaurant seinen Platz erhalten. Es wird außen mit Glaswänden versehen, so daß den 200 Gästen, die hier gleichzeitig bewirtet werden können, nach jeder Seite freie Aussicht bleibt. Oberhalb der beiden unteren Plattformen in etwa 60 Meter Höhe wird eine große Wirtshalle angebracht. Von der höchsten Höhe des Turmes soll lediglich das sich drehende Schwenkrestaurant bewirtbar sein, das auf Anordnung des Polizeipräsidenten wegen der Gefahr für die Flieger als „Verbot“ eingestuft werden mußte.

Im Schlafzimmer erstickt. Am Sonntag morgen wurde die Berliner Feuerwehr nach der Strahmannstraße gerufen, wo die Einrichtung der Wohnung eines 35 Jahre alten Wählers, der am Sonntag früh betrunken nach Hause gekommen war, in Flammen stand. Er hatte wahrscheinlich die brennende Petroleumlampe umgeworfen und ist infolge der starken Rauchentwicklung erstickt.

Eine Gasexplosion ereignete sich durch die Unachtsamkeit mehrerer Personen in einem Berliner Schlächterladen, bei der drei Schlächter schwer verletzt wurden.

Ein deutsches Schmugglerschiff mit dem Namen „Deutschland“ ist auf der Reede von Drontheim von einem norwegischen Zollkreuzer aufgebracht worden. Erst nachdem der Zollkreuzer 12 starke Schüsse auf den Schmuggler abgegeben hatte, koppte dieser ab. In Bord fand man 55 000 Liter Schnaps, die größte Spiritusmenge, die jemals den norwegischen Behörden in die Hände gefallen ist. Der Kapitän ist der herabgeworfene Schmuggler Max Weber aus Sassen, der erst vor einigen Monaten aus den norwegischen Gefängnissen entlassen worden ist. Das Schiff wird der Beschlagnahme verfallen.

Mönchsreit in Jugoslawien. Im Kloster Rakowiza bei Belgrad ist ein Streit der jungen Mönche ausgebrochen. In diesem Kloster ist eine Schule zur Vorbereitung orthodoxer Mönche eingerichtet worden. Wegen der allzukargen Ordnung und des harten Lebens sind die Schüler in den Zustand getreten, 150 von ihnen sind nach Belgrad gekommen, wo sie Beschäftigung suchen. Sie erklären, nicht früher zurückzukehren, ehe nicht eine mildere Disziplin eingeführt wird.

Die Grippe-Epidemie in Ostland. Die Grippe, die anfangs nur in Moskau auftrat, hat sich jetzt über ganz Ostland verbreitet. In Ostrow erkrankten täglich bis zu 2000 Personen. In Odesa sind 10 000 Personen an der Grippe erkrankt, und es werden täglich etwa 500 neue Erkrankungen registriert. Jetzt tritt die Krankheit auch in Sankt Petersburg und Noworossisk auf. In mehreren Städten ist die Zahl der Tote unermessend, um die Grippe in anderen Städten wegzukämpfen.



**Ein gelbes Herz hat aufgehört zu schlagen!**  
Nach fast 48jähriger glücklicher Ehe verschied in der Nacht vom 19. zum 20. März, um 12,10 Uhr, nach schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser herzlichster Vater, Großvater, Schwiegervater, Schwager, Pflegevater, Onkel und Großonkel, der  
**Krankenkassenrendant I. R.**

## August Ibscher

kurz vor Vollendung seines 77. Lebensjahres.  
In namenlosem Schmerz  
Breslau, Nikolaistr. 18/19, II., 20. März 1926  
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen  
**Olga Ibscher, geb. Radek, nebst Angehörigen.**  
Beerdigung: Dienstag, 23. März, nachm. 4 Uhr, von der Kapelle des alten Gräbchener Kommunalfriedhofes, Kärassierstraße, aus.

## Herr August Ibscher

Nach langem Krankenlager verschied unser langjähriger Kassenführer, der **Krankenkassenrendant I. R.**  
im 77. Lebensjahre.  
In 23jähriger unermüdlicher Tätigkeit als Kassenführer unserer Krankenkasse hat sich der Verstorbene durch äußerste Pflichttreue und vorbildliche, gewissenhafteste Erfüllung seiner Dienstobliegenheiten, sowie durch seine großen Kenntnisse auf dem Gebiete der Sozialversicherung unsere immerwährende Dankbarkeit erworben.  
Als Mensch hat er sich durch seinen edlen und wahrhaft vornehmen Charakter in unsere Herzen für immer eingemeißelt.  
Breslau, den 20. März 1926.  
**Der Vorstand der Bes. Orts-Krankenkasse der Schlosser pp. zu Breslau.**  
R. Opitz, Vorsitzender.

## Frauenhaare!

lange, ausgekämmte, kauft zu höchsten Tagespreisen  
Annahme täglich von 9-11 und 4-6 Uhr  
Mittwoch keine Annahme  
**seine Kunst, Frauenhaarhandlung**  
Breslau, Schillerstraße 21, hpt.  
Buchdruckerei Volkswacht, Flurstr. 4/6

## Sofort Geld!

**Leihamt Roscher**  
Albrechtstraße 43, I.

## Bettfedern

Zufügung billiges Angebot.  
Spezialgeschäft **Hertz**  
Plattstr. 100, I. Etg.  
am Bahnhofsplatz. Kein Laden.  
Straßenbahn wird vergütet.

## Stadt-Theater.

Montag 7 Uhr:  
„Der Rosenkavalier“  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Die lustigen Weiber von Windsor“  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
„Die vier Groblane“

## Lobentheater

Deflingstr. 8, Tel. Nr. 6774  
Montag, Dienstag  
abends 8 Uhr:  
„Suzette u. Maximilian“

## Theatraltheater

Schwerstr. 3, Tel. Nr. 8700  
Montag, Dienstag  
abends 8 Uhr:  
Volksspielungen  
zu ermäßigten Preisen  
Der frühliche Weinberg.

## Schauspielhaus.

Operettenbühne.  
Tel. Stephan 37 400  
Montag, Mittwoch, Freitag  
und Sonntag 8 Uhr:  
Auftritt Walter Jankuba  
„Paganini“  
Dienstag, Donnerstag  
und Sonnabend 8 Uhr:  
Auftritt Walter Jankuba  
In neuer Vorbereitung  
„Der Vetter aus Dinsda“  
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:  
„Der Zigeunerbaron“

Neueingerichtete gemächliche  
al. ohlfreie Waffeln  
am Neumarkt u. Treibiger Platz  
Angenehmer Aufenthalt, preis-  
werte reichhaltige Speisefarte.  
Abonnementspreis 1. Mittwo-  
ch 5.00 Mk. (einschl. Sonnt.  
Erfrischer) restlos  
Gesamt u. früh 8 bis abends 8 Uhr.

Das Tagesgespräch  
von Breslau:  
**Kaffeli**  
Charly Kivels  
& Raeth's  
und die weiteren  
Variete Allaktionen  
im  
**Liebig-Theater**  
täglich 8 Uhr  
Eindrittspreise v. 0,75 Mk. an  
jed. Sonntag 3 1/2 Uhr zu halben Preisen  
Nachmittagsvorstellung  
Sonntag: Stephan Str. 34-640

## Benachrichtigung.

**Bortragsveranstaltung**  
der Industrie- u. Handelskammer Breslau.  
Am Montag, den 29. März, abends 8 Uhr,  
spricht

Herr Syndikus Regierungsrat a. D. Oelrichs  
im großen Börsensaal, Graupenstraße 15,  
nochmals über:

„Die Einkommensteuer-Erklärung der  
Gewerbetreibenden für 1925“.

Da zum letzten Vortrag ein großer Teil der Firmen wegen Raummangels keine Einladungen erhalten konnte.  
Eintrittskarten für diejenigen handelsgerichtlich eingetragenen Firmen oder deren Vertreter, die zum letzten Vortrag keine Karten erhalten haben, sind im Büro der Industrie- und Handelskammer, Graupenstraße 15, vormittags von 9-1 Uhr, abzugeben.

Es empfiehlt sich, zum Vortrag die Steuer-  
erklärungsformulare mitzubringen.  
Breslau, den 19. März 1926.

Die Industrie- und Handelskammer.  
Inferate erzielen in unserer Zeitung  
den größten Erfolg!



## Direkt aus Fabri

ohne jeden Zwischenhandel  
liefern wir für  
Mk. 2<sup>10</sup> per Liter  
einschl. Steuer  
den berühmten  
**Alten Breslauer**

Weinbrand-Verschnitt Mk. 2<sup>80</sup>  
Jamaika-Rum-Verschnitt 2<sup>90</sup> 3

Unsere in ganz Deutschland berühmten  
**Edel-Liköre**  
Mk. 3<sup>00</sup> und 3<sup>60</sup> per Liter  
einschl. Steuer

**Herzberg & Co.**  
Höfchenstraße 48, Michaelsstraße  
und Blücher-Platz 20.

Schönheits- 2-10 Pf.,  
Lippert, Feinmischl. 16. 1000

## Mäntel



in großer Auswahl sehr  
preiswert  
**Oskar Dehmel**  
Neumarkt 45.

## Genossen

Genossinnen  
Eure Familien-  
anzeigen der  
**Volkswacht**

## Arbeitsmarkt

Glanzplätter  
Ausbefferi  
auch eins. Schneide  
sucht Ingestellung  
Off. u. 1343 an Boll  
Buchhdlg., R. Graupen

## Wohnungen

Welcher leer. Zimm  
Genosse hat abzuge  
an jung Ehepaar abzug  
zum 1. April 1926?  
Angeb. u. St. 284 an  
Gehtst. d. 3lg.

## Kleine Anzeige

sind kompell gesetzlich  
Anzeig. v. Verkäufen, Kauf  
suchen u. nur von Privat  
Wert 2 Pfg. mit 4 Pfenn  
Gebr. Demenrad und  
Kongertather zu verkau  
bei Scholz, Kaiser-Str.  
Straße 129, part.

# Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

### Kaufhäuser

**Hut-Hönisch** Michaelis-  
straße 23  
Hüte, Mützen und sämtliche Herren-Artikel

**Paul Kasowsky, Mehlgasse 38 40**  
Hüte und Mützen, nur gute Qualitäten  
Reparatur-Werkstatt = Maurerfilz

**Bach & Biachmann, Breslau 23**  
Herdainstr. 46 Tel. Stephan 36120  
Kurz-, Weiß-, Wollwaren-, Trikotagen, Wäsche  
Damen-, Backfisch- und Kinder-Konfektion  
Leinen- und Baumwollwaren - Kleiderstoffe.

**Herm. Abend** Trikotagen, Weiß-,  
Woll- und Kurzwaren  
BRESLAU 6, Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 47.

**Kaufhaus H. RUSS**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 92  
Spezialgeschäft in Manufaktur-, Kurz-, Weiß-,  
Wollwaren, Trikotagen, Strümpfen, Handschuhen

**Kaufhaus „Unsere Jungen“** Anderssenstr. 33,  
Ecke Westendstr.  
Spezialgeschäft für Schul-, Sport-, u. Büsen-Anzüge,  
Mäntel und einzelne Hosen  
Herren- und Knaben-Trikotwäsche.

**Oskar Baum, Sternstraße 77,**  
Ecke Hedwigstr.  
Kleider - Büsen - Röcke - Wäsche  
Schürzen - Strümpfe - Handschuhe  
- Kleider- und Wäschestoffe -

**J. Richter Nfl.** Taubentstraße 86  
Ecke Grünstraße  
Kurz-, Weiß-, Wollwaren - Wäsche  
Strümpfe - Trikotagen - Schürzen

**Augustie Hoffmann**  
Bosenthaler Straße 61  
Wäsche - Trikotagen - Stoffe

**Wladimir J. Ruben** Frankfurter  
Straße 60/62  
Herren-Bekleidung fertig und nach Maß

**E. Leuchtag**  
Wachplatz  
Damen- und Kinder-Konfektion

**Kaufhaus Adler**  
Fürststraße 1  
Spezialgeschäft für Bekleidung jeder Art  
Manufakturwaren, Kurz-, Weiß- und Wollwaren  
Trikotagen, Schürzen, Handschuhe  
- Bekleidungs-Angebote in Schürzen!

### Fahrräder und Reparaturen

**H. Spinde** Feldstraße 19  
Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt  
Autogenische Schweißerei

Macht Dir Dein Motor- oder Fahrrad Sorge.  
Bring's zur **Kraft- u. Fahrradzentrale** Kubenstr. 38,  
Dort wird's für wenig Geld knorke.  
Vulkanisieren von Autos u. Fahrradbereifung.  
Ringwalzen usw. Luftballon äußerst billig  
Uebernahme Einstellungen u. Verkauf von Motorrädern.

**Fahrräder** Diamant, Göttrike, Express, Viktoria,  
sowie Rahmen für Bahn und Straße  
Spezialräder u. Transporträder u. La Barchin von 90 Mk. an  
Teillzahlung gestattet!  
Karinstraße 2, Ecke Gneisenaupl.  
**Alfred Prokopetz, Tel. Ohle 3753**

**Fahrräder u. Nähmaschinen** auf bequemste  
Teillzahlung!  
Fahrradhaus Georg Herrmann, Gallestraße 38,  
T. 37235 St. R. Schwanen und Wasch. Rep.-Werkst. Ersatzteile.

**Fahrradhaus Oderfor**  
An Wäldchen! in: Paul Schumann An Wäldchen!  
Viktoria :: Dixi :: Ostrad :: Schladitz  
Reparaturwerkst. für Fahr- u. Motorräder, Ersatzteile

**M. Bittner**, Scheitniger Straße 38  
Fahr- und Motorräder, Ersatzteile  
Reparaturwerkstatt für Fahrräder u. Nähmaschinen

**Georg Schneider** Matthias-  
straße 205  
Göttrike, Ostrad, Dixi, etc. - Eigenes Reparatur-Werkst.

**Fritz Ulrich, vorm. Arthur v. Lehnitz**  
Breslau 9, Panstraße 27, Telefon Ohle 2391  
Triumph- und Göttrike-Fahrräder  
Reparatur-Werkstatt für Fahrräder u. Motorräder  
Streng reell und preiswert

**Alois Fröhlich** Pestalozzistr. 4  
Telephon O. 9208  
Fahrradhandlung u. Reparaturwerkstatt

**Fahrradhaus Richard Heidenreich**  
Reparaturwerkstatt - Fischergasse 4

**Willy Kings, Breslau** Friedrichstraße 77  
Vulkanisier-Anstalt  
werden stets schnell, sauber und preiswert ausgeführt.

**Richard Kühn**, Fürststraße 28,  
Ecke Artilleriestr.  
Diamant-, Presto-, Triumph-Räder  
Reparatur-Werkstatt

**Georg Ebling**, Telefon  
Buddstraße 2, Ecke Habenerstraße  
Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt

**A. P. Hagendorf** Lind-  
str. 78  
Fahrräder - Motorräder  
- Fachmännische Reparaturwerkstatt -

**Achtung! Rahmenbau! Fahrradhandlung!**  
Sind bei Ihnen Rahmen, Rohre, Muffen oder Tret-  
lager angebrochen, so wird es bei mir neu ersetzt. Für  
Hartlötlung und gutes Material wird garantiert, bei  
soliden Preisen. Ebenso werden sämtliche Fahr- und  
Transporträder repariert, emailliert und vernickelt, schnell  
und billig. Fr. Lindner, Siebenhufener Straße Nr. 50,  
Eingang Friedrichstraße

**Fahrradhaus Schubert**  
Gräbchener Straße 58, Ecke Zietenstraße  
Telephon Ohle 8031  
Presto- und Gritzer-Fahrräder  
Reparaturwerkstätte, Ersatzteile

**Herm. Reindke, Breslau 9**  
Laurentiusstraße 21  
Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt

**E. Görlisch & Sohn** Matthias-  
straße 90  
Fahrradhandlung, Reparaturwerkstatt u. Autogen. Schweißanstalt

**Curt Nolda** Breite Straße 47  
Tel. Ohle 8161  
Fahr- und Motorräder - Reparatur-Werkstatt

**Hugo Schler** Neudorfstraße 116  
Fahrräder, Zubehör, Gummi  
zu spottbilligen Preisen, Reparaturen schnell, fachgemäß

**Gebr. Kobsch** Anderssenstraße 2  
Ecke Friedr. Wilh. Str.  
Fahr- und Motor-Räder - Reparatur-Werkstatt

**Walter Kunze** Telefon:  
Ohle 5988  
Fahrrad-Handlung - Hildebrandstraße 17/19

**August Citrich** Breitestraße 43  
Fahrrad-Handlung, Ersatzteile, Reparatur-Werkst.

**Fahrradhaus „Frisch auf“**  
BRESLAU, Nikolaistraße 42  
Bundesgeschäft d. Arb.-Radf.-Bundes „Solidarität“

**Karl Bohn** Scheitniger Straße 33  
Tel. O. 5860  
Fahrräder Nähmaschinen

**Paul Schlape** Taubent-  
straße 149  
Fahrradhandlung u. Reparatur-Werkstatt

**Leo Gluth** Fahrradhandlung u. mechan.  
Werkstatt m. elektr. Betrieb  
Autogenische Schweißanstalt. Eig. Emailieranstalt  
BRESLAU-I, Neumarkt 12 (Laden)  
Fernsprecher Ring 3587 - Teilzahlung gestattet

**Johann Kluger, Matthiasstraße 152**  
Fahrräder, Motorräder, größte Repar.-Werkstatt

**Th. Larisch** Neue Matthiasstr. 5  
Fahrradhandlung und Reparatur-Werkstatt  
V.L.L. und Ohle-Fahrräder - Ersatzteile - Schläuche - etc.

### Kaufhäuser

**A. Kapsl** Klosterstraße 67  
Telefon Ohle 8423  
Herren- und Knaben-Garderobe  
Manufaktur- und Schnittwaren

**Kaufhaus Gertrud Salz**  
Neudorfstr. 76, Ecke Sedanstraße.  
Kurz-, Weiß-, Wollwaren :: Konfektion :: Arbeiterbekleidung

**Georg Schöneich, Frankfurter Straße 115**  
Kurz-, Weiß- und Wollwaren

**Geschw. Masur, Klosterstraße 115**  
Manufakturwaren - Wäsche - Strümpfe

**Leib- und Bettwäsche**  
bestes eigenes Fabrikat  
**S. Matzdorff, Gräbchener Straße 14.**

**Wäschehaus „Volkswohl“**  
Berufs- und Arbeitersachen  
Paulstraße 23 Hugo Klose  
Verkauf auch gegen Teilzahlung

### Möbel-Kaufhäuser

**Möbel Niebusch** bei  
Trebnitzer Straße 63  
Zahlungsbedingungen nach Vereinbarung

**Möbel gut und billig bei**  
Neudorfstraße Nr. 13 Teilzahlung gestattet

### Möbel-Roth

Blücherplatz 9 Gegründet 1876  
Leichte Zahlungsbedingungen.

### Möbel

Ergänz-  
Stücke  
aller  
Art.  
Büfets, Schreibe, Schränke,  
Bettstellen, Küchen, Schlaf-  
und Speisezimmer  
aus  
erster  
Hand  
besser u.  
Großes Lager, Garantie,  
Zahlungsbeihilfe.

### billiger

**G. Fuchs**  
Tischlermeister  
Altenmarkt 24, Hofhaus,  
und Kl. Fürstent. 7, I.,  
an der Theaterstraße.

### Möbel

aus erster Hand  
daher am billigsten  
Wohn-Einrichtung,  
Schlaf-, Speise- und  
Herrenzimmer, Küchen-  
u. Einzelmöbel spotbill.  
Großes Lager.  
Möbelfabrik  
Eugen Mattern  
Tischlermeister  
Adalbertstraße 24.

### Photographen

**Photo-Schröder**  
Inhaber: G. Hammer  
Friedrich-Wilhelm-Str. 60/62  
Aufnahmen aller Art.  
Spez. Kinder- u. Brautpaarfotos



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. März.

„Alles Ding währt seine Zeit“.

Die Wahrheit dieser geflügelten Worte kommt uns schon...

Beschwunden sind, Gott sei Dank, auch die Abortgruben...

Beschwunden sind ferner die verschiedenen Privatposten und...

Sehr schmerzlich vernicht werden von unseren Patenten...

Beschwunden ist aus der inneren Stadt der Kuttelhof und...

Abgesprochen wurden etliche in Stadtmännern gelegene Friedhöfe...

So kündigt alles einmal und wird durch neues, besseres, ersetzt...

Die juristische Sprechstunde

Am Freitag in dieser Woche Mittwochs nachmittags von 3 bis 4 Uhr...

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der...

Noch immer in Schutzhalt!

Bekanntlich wurden in der Inflationszeit alle öffentlichen...

Milderung der Hundesperre.

Die Hundesperre ist insofern gemildert worden, als die...

Wie der kirchlich infolge Hundebisses eingetretene Tod einer...

Verbandstagung der Schlesischen Kleingärtner.

Der Verband Schlesischer Kleingärtnervereine, im Reichsverband...

Der Vormittag war sodann ausgefüllt mit einem Vortrag...

Gefängniswirtschaft.

Das Strafgefängnis Breslau kaufte im August 1924 die...

Beschäftigung im Freien ist aber auch für gesunde Menschen...

Auf Einladung des Herrn Direktors Baupel wurde nun...

Aber auch im Strafgefängnis hat sich ein flottes landwirtschaftlicher...

Unter Verwendung von Gefangenearbeitskräften hat das...

Das Gemeindebestimmungsrecht.

Vom Arbeiter-Abschneidungsband wird uns geschrieben...

sich den Zeitverhältnissen anpaßt. Darum muß ein neues Kleingärtnerrecht...

In einer längeren Aussprache wurde bedauert, daß manche...

Die Kleingärtner, die seit Jahren auf der Füllerinsel...

Am Nachmittag wurde der geschäftliche Teil der Tagung erledigt...

Das Gemeindebestimmungsrecht ist keine neue Erfindung...

Nur 4,74 Mark.

(Nach deutschnationaler Berechnung („Schlesische Zeitung“...

Ihr kennt doch manchem Bettler einen Dreier. Drum tut nicht gleich...

Wenn so ein Volk sich zeigt als Arbeitgeber. Käufte eine Haus direkt...

Doch wenn ihr wirklich, wider Toren und Glauben. Dem braven Wilhelm...

Bas seid ihr doch für arge Menschenkinder! Er hat euch dreißig Jahre...







# 2. Schlesischer Bauernntag.

## Kampfanfrage dem Großagrariertum.

Am Sonntag, vormittags 11 Uhr, trat im „Schickwerder“ der Schlesische Bauernbund zu seinem 2. Schlesischen Bauernntag zusammen. Die überaus lebhaft, stellenweise stürmisch geführten Verhandlungen erreichten ihren Höhepunkt in der Einweihung eines Bauernprogramms, in deren Mittelpunkt naturgemäß das Siedlungs-, Kredit- und Steuerwesen gestellt waren. Herr Hillmann als Vermittler dieses Programms forderte Reformen auf diesen Gebieten und wies die durch seine Formulierungen folgenden Befall der vielen Hunderte, besonders wenn er energisch gegen den Schlesischen Landbund polemisierte. Herr Hillmann, der die Vertreter der Behörden begrüßte, so Oberregierungsrat Eberhard als Delegierten des Landesfinanzamtes und des Reichsfinanzministers, Oberregierungsrat Schröder als Vertreter des Oberpräsidenten, Regierungsrat Gaebel als Vertreter des Regierungspräsidenten. Herr Hillmann entwarf in gedrängter Form eine Aufzählung der Reformwünsche des Schlesischen Bauernbundes, die dann Herr Hillmann durch sein Bauernprogramm sehr ausführlich ergänzte.

Dieses Programm geht von der Voraussetzung aus, daß das höchste Gut des Staates eine fröhliche und gesunde Bevölkerung sei und daß im Bauernstande die Wurzeln der Kraft und Erneuerung unseres Volkes liegen. Das Programm fordert wirtschaftliche Sicherstellung der bäuerlichen Familie, Erhaltung des bäuerlichen Eigentums, vor allem durch Ausschaltung einer ungesunden Bodenpekulation. Zur Siedlungsfrage stellte Herr Hillmann folgende Forderungen:

Der ländliche Nachwuchs und Bevölkerungszuwachs muß abnehmend dem flachen Lande erhalten werden. Voraussetzung dazu ist die Schaffung neuer Bauernstellen aus dem Siedlungs- und Bodendruck. Die Urbarmachung und Bestockung der Moore und Niedlandereien und die Hebung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe bis zur Größe eines leistungsfähigen und rentablen bäuerlichen Betriebes (Anliegerkolonisation).

In den schwach besiedelten Objekten muß auch das Siedlungsbedürfnis der west- und süddeutschen Bauernschaft berücksichtigt werden. Durch Verbot der Beschäftigung ausländischer Landarbeiter wird in absehbarer Zeit Beschäftigungsmöglichkeit der einheimischen Landarbeiterschaft bei Aufteilung großer Güter zur Siedlung nicht zu befürchten sein. Wo der Fall eintritt, sind auch die Landarbeiter anzusetzen.

Für das benötigte Siedlungsland aus dem Bestande der großen Güter durch freien Ankauf und Vorkaufrecht nicht beschafft werden kann, ist Enteignung geboten. Die Entschädigung ist zu bemessen nach dem Nutzungswert (Ertragswert) und darf zwei Drittel der Einkünfte nach dem Reichsbewertungsgesetz regelmäßig nicht übersteigen. Es müssen jährlich wenigstens 10.000 neue Bauernstellen geschaffen werden und dafür die benötigten Siedlungsbeihilfen und Kredite im Etat bereit gestellt werden. Die staatlichen Siedlungsbeihilfen und Kredite sollen den Siedlern und Siedlervereinigungen unmittelbar zur Verfügung gestellt werden. Landwirtschaftliche Neubesiedlungen müssen mindestens sechs Jahre von Reichs- und Landessteuern befreit bleiben.

Herr Hillmann meinte dann, daß gegenwärtig die Bauern auf einen ausreichenden Schutz ihrer Erzeugnisse gegen den ausländischen Wettbewerb nicht verzichten können.

Besondere Fürsorge und schnellste Hilfe sei für die deutschen Weinbauern geboten. Auch die Lage der Gemüse- und Obstzweige erfordere dringend ausreichenden Schutz gegen die Uberschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischen Gartenzeugnissen.

Herr Hillmann kam dann auf das Kreditwesen zu sprechen. Er betonte dabei, daß die Quellen für den bäuerlichen Kredit aber zum Teil verengt seien, zum Teil die Kredit-einrichtungen für den Bauernstand niemals genügt hätten. Unbedingt notwendig ist die Schaffung eines selbständigen bäuerlichen Kreditwesens in einheitlichen Grundzügen nach dem Muster der Landwirtschaft oder die Umstellung der aus der Rentenbank hervorgegangenen Rentenbankkreditanstalt auf ein rein bäuerliches Grundschuld- und Beleihungswesen. Unter lebhafter Zustimmung bemerkte der Redner: Die Kreditfähigkeit des deutschen Großgrundbesitzes wird dauernd fallen, sein Kreditbedürfnis dauernd steigen. Der Bauernstand darf in dieser Entwicklung dem Großgrundbesitz keine Stütze bieten, wenn er nicht sein eigenes Kreditwesen durch Verkopplung mit dem Großgrundbesitz aufs schwerste gefährden wollte. Die Regelung des bäuerlichen Personalkredits wird wie

bisher, hauptsächlich den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu überlassen sein. Das deutsche Hypothekensystem hat sich für den landwirtschaftlichen Grundbesitz im allgemeinen bewährt.

Auf dem Gebiete des Rechtswesens fordert das Programm die Entschärfung der Justiz, damit sich auch der Bauer mit einfacher Schulbildung darin wieder zurecht finden kann.

Die Unabhängigkeit des Richterstandes müsse gewahrt bleiben. Richter, die ihre politische und soziale Einstellung zu parteilicher Prozeßführung und Tendenzurteilen mißbrauchen, sind von ihrem Amte zu entfernen.

In der Stellung der Bauern zu den Juden erwartet Herr Hillmann den völkischen Radikalisierungstaktismus.

Das Berufsbeamten- und Ruhegehälter müsse in erster Linie auf die Wirtschaftslage der übrigen Bevölkerung Rücksicht genommen werden. Durch Verwaltungsreform müsse noch ein erheblicher Abbau überflüssiger Behörden- und Beamtenstellen, besonders auch in den höheren Rangstufen, angestrebt werden. Alle Beamtenstellen müssen mit verfassungs- und überzeugungstreuen Republikanern besetzt sein.

Das landwirtschaftliche Steuerwesen muß vereinfacht und grundsätzlich nach der Ertragsfähigkeit und Ertragsmöglichkeit des Bodens umgestaltet werden. Insbesondere ist die landwirtschaftliche Einkommensteueranleihe, die zu empörendsten Ungerechtigkeiten gegen den bäuerlichen und kleinbäuerlichen Besitz und zu einer Verknüpfung der beschuldigten gegenüber der großen Mehrzahl der nichtbeschuldigten Landwirte führte, durch eine Boden- oder Grundwertsteuer abzulösen. Die Grundwertsteuer ist als Reichsteuer einzuführen. Landes- und Kommunalsteuern sind nach Vorversätzen von der Reichsgrundsteuer zu veranlagern. Die Grundwertsteuer ist einheitlich für alle Betriebsgrößen, aber abzustufen nach der Bodengüte unter Berücksichtigung von Klima, Betriebslage, Marktverhältnisse, Entfernung der Grundstücke von der Hoflage und sonstigen, wesentlich auf die Ertragsfähigkeit des Betriebes einwirkenden Umständen. Zur einheitlichen und richtigen Bewertung der landwirtschaftlichen Betriebe und ihrer relativen Ertragsfähigkeit ist eine Neu- bzw. Umbewertung des Bodens unter Mitwirkung der Bauernschaft einheitlich für das ganze Reich alsbald vorzunehmen. Landwirtschaftliche Gebäude und Betriebsmittel dürfen nicht als Steuerquelle bewertet werden. Der Jahresertrag ist nach Abschluß des Wirtschaftsjahres für die verschiedenen Wirtschaftsgebiete und Ertragsklassen (höchstens 8) aus typischen Buchführungsergebnissen unter Annahme einlöslicher Arbeitskräfte zu ermitteln. Ein Mindesteinkommen bleibt für alle Betriebsgrößen gleichmäßig steuerfrei. Schuldzinsen, Rente, Pachtzinsen, Mietensteuern und die Familienermäßigungen entfallen von steuerbaren Einkommen. Auch die persönlichen Verhältnisse der Steuerpflichtigen (Krankheit, Unglücksfälle) sind unter Mitwirkung der Steuerkommissionen und des Gemeindevorstandes zu berücksichtigen.

Die den Bäuerlichen und Kleinbäuerlichen Grundbesitzerverwerb und Besitzwechsel beherrschende und schwer belastende Grunderwerbsteuer ist zu ermäßigen und zu vereinfachen.

Eine Erweiterung und Erhöhung der indirekten Steuern dürfte nicht eintreten.

Nach diesen, mit minutenlangem Beifall aufgenommenen Darlegungen behielt unter allgemeiner Spannung der Vertreter des Reichsfinanzministers das Redium. Er entwarf aber allgemein, da er sich zu einer Stellungnahme zum Programm als nicht kompetent fühlte und sich daher damit begnügte, die Grüße seiner Behörde zu übermitteln, deren Interesse für diese Tagung gläubig zu betonen. Es sprachen dann Vertreter der Demokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, die eifrig versicherten, sich mit den Forderungen der Bauern identifizieren zu können. Gemisse Sapper als Vertreter der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der dem Bauernntag die Grüße des Reichstagspräsidenten, Genossen Löbe überbrachte, wies darauf hin, daß seine Partei die Hauptforderungen der Bauern auf dem Gebiete des Siedlungs-, Kredit- und Steuerwesens stets und längst vertreten habe. Besonders erfreulich sei es, daß sich die Bauern aus den Klauen des Reichsstandes befreit haben. Gültiger Beifall begrüßte diese Feststellung. Es folgte dann der Bericht über die Arbeit des Reichsbauernbundes und der Geschäftsbericht. Eine längere Aussprache hielt die Teilnehmer noch geraume Zeit zusammen.

# Breslau (Land)-Neumarkt.

Comit. In unserem Gemeindefeiert haben wir 27 Eintragungen zum Volkszählung zu verzeichnen. Das sind rund 66 Prozent aller Wahlberechtigten.

Schmols. Letzte Zukünfte im Wohnungswesen. Der Hausbesitzer Max Kunze hat im Jahre 1914 ein Haus erbaut. Bis heute hat er keinen Pfennig Hauszinssteuer bezahlt, obwohl das Gebäude unter die Zwangsbesitzhaftung fällt. Der Hausbesitzer der betreffenden Wohnung soll am 5. April 1926 ermittelt werden. Es wäre ja interessant, wenn das Katasteramt und der Landrat diese dazwischen geschäftigen wüßten. Ueberhaupt ist Ermittlung bei uns an der Tagesordnung. Hoffentlich zieht jeder Mieter am Ort seine Konsequenzen und findet bald den Weg zur Sozialdemokratischen Partei.

## Lobe-Theater.

### „Suarez und Maximilian.“

Wer Franz Werfels dramatische Historie in 3 Akten (18 Bildern) beim Lesen in stiller Kammer erlebt hat, der geht mit großen Erwartungen ins Theater.

Wer Franz Werfels, des Dichters, Schöpfung auf der Bühne gesehen, in fast vier Stunden langer Sitzung, der wird in stiller Kammer nachdenklich von neuem in dem Buch lesen, das ihm das größere Erlebnis vermittelte.

Der Grund mag in der Art unserer Breslauer Aufführung zu liegen sein, die Werfels dramatischem Schöpfung in keiner Weise gewachsen war. Es hat bei uns nicht einmal dazu gelangt, die Hauptrollen so zu besetzen, daß untergeordnete Nebenrollen nicht mehr schwer ins Gewicht fielen. Wieviel Renzo Morbo, der Verantwortliche des Abends, daran schuldig ist, wird bei der knappen Auswahl an Kräfte schwer zu entscheiden sein.

Suarez und Maximilian. Er schreibt, obwohl historisch sehr getreu, kein historisches Drama im Sinne der Epigonen nach Schiller. Seine Paixos ist eine eben gemessene Prosa, die bestmöglichst keine Redundanz in sich in verschönerter Sprache über die Bühne. Aber der Schöpfung ist da, in dessen Fluß die Leidenden und die Revolutionäre unerträglich zu ihrem Tun getrieben werden. Sie reden alle wie erfindende Menschen: der Kaiser aus Torheit im Glauben an seine Sendung und der Revolutionär Porfirio Diaz, die Stimme jenes in unheimlicher Unsichtbarkeit handelnden Verunsicherten Suarez.

Der Kaiser Maximilian, auf Mexikos Kaiserthron durch Napoleon III. und der mexikanischen Kirche Intrige gekommen, ist der reine Mensch, dessen gesunde Ideen an der Wirklichkeit scheitern. Des Menschen, der vor seinem gewalttätigen Tode einsehend, daß er Unrecht getan und dieses Unrecht mit seinem Tode ehrt, bezahlt hat. Er, der Idealist, nennt Mexiko, das ihm so fremd ist wie nur irgend einem, der nicht auf seiner Scholle geboren: sein Vaterland. Er will die uralte Indianer zu vollberechtigten Menschen erlösen, und findet an der unerfüllten Kirche den Felsen, an dem alle Reform scheitern muß, die nicht im geliebten Sinn der Kirche liegt. Seine kindliche Sucht, nur der Menschen Bestes zu sehen, läßt ihn nicht einmal in Oberst Lopez, dem aalglatten Mexikaner, den Verräter ahnen, dem er letzten Endes seinen Tod verdankt. Und der Mann schreit ihm seinen Verrat direkt ins Gesicht. Wenn alle Weisheit zu Ende, dann sieht dieser reine Mann keine alte Geburt ins Treiben, obwohl er seine kaiserlichen und königlichen Werten im alten Europa in ihrer grenzenlosen Verlogenheit kennt. Und als der Thron Mexikos immer mehr ins Wanken kommt, führt seine geliebte Frau als Bettlerin an Europas Höfe, in Wahnsinn verfallen, als alles vergeblich ist.

Und diesem Menschen gegenüber wirkt in unerträglich Treue zum Lande der Republikaner Suarez, der Mann, der keinen Schritt auf die Bühne tut, sondern wie die Logik, unsichtbar, den Weg zu Mexikos Erlösung von aufgezwungenem Regime freimacht. Wie ein Panther legt Suarez, der bis an die Grenze des Reiches zurückweicht, zum Sprunge an, der Maximilian vernichtet. Und als ganz Mexiko in seiner Hand, misamt dem Kaiser, da läßt er dem gestürzten Feind die Türen zur Flucht öffnen. Umsonst, der Kaiser vom Kriegsgesicht verurteilt, will im Tode wenigstens ein großer Mensch sein. Auf die Drohung mit der Rache der europäischen Monarchen antwortet der General der Republik: Wir haben mehr errungen als den Parteidienst eines Bürgerkrieges. Durch unseren Triumph ist die alte verrottete Gesellschaft der ganzen Welt ins Herz getroffen. Sie muß nur auf, die Larve der Felle und des Geldes! Und trotz des großen Revolutionärs Garibaldis Bitte um das Leben dieses Oesterreichers, dessen Sippe Europa mit Blut getränkt, unterzeichnet Suarez das Todesurteil. Er, der tüchtige Rechner und Denker, der aus Liebe zu seinem Vaterlande halbe Arbeit nicht verrichten darf.

Werfels eigenen Anweisungen nach war Walter Gunt, der schauspielerisch dem reinen Loren recht nahe kam, eine Festbelegung. Figürlich für den langen Sabsburger viel zu klein. Sehr fein und menschlich ergreifend die Kaiserin Charlotte der Erde Wessely. Franz Reberer, der Porfirio Diaz, der Gegenpieler Maximilians, schien im letzten Augenblick die Rolle übernehmen zu haben. Anders ist so erfolgreiches Vor- und Danebensprechen kaum zu erklären. Völlig verfehlt war Friehlers Leibhaft Dr. Baisch, der so gut wie gar nicht verständlich war. Bleiben von dem Abend nur noch Julius Arnfeld, der süßlich sein den Erzbißhof von Mexiko gestaltete, Martha Schild als lebenswarme Hilfin Salm-Salm und Werner Rafael, der den Freund Maximilians gerade und verb zeichnete.

Die Regie auf Widersprüche zwischen Wort und Kleidung aufmerksam zu machen ist Pflicht.

Das ermüdete Haus spendete Werfel Beifall. W. M.

## Schauspielhaus.

### „Der Bettler aus Dingsda.“

Die geschmackvollste Tätigkeit der Schloßoperette mit dem Jarentext ist bereits soweit gediehen, daß sich auf den Breslauer Operettenbühnen höheres Niveau, wie bisher opernhafter „Ragantini“, nicht mehr hält. Es ist nun sehr zweifelhaft, ob sich mit dem schon vor ein paar Jahren gegebenen, plüschig mißlieblichen „Bettler aus Dingsda“ der ausgetriebene Kassenerfolg einstellen wird: am ersten Abend war der Besuch sehr schwach.

Haller und Riedemanns Dreierstück ist ja nur ein harmlos-lustiges Geschehen. Da kommt der etwas in Schwung getretene, verhungerte Reife auf Schloß de Wert, der auf den schönen Namen August Kuffort hört und sich auf den ersten Blick in die schöne Cousine verliebt. Julia hängt indessen ihrer von sieben Jahren nach Batavia gelangenen Jugendliebe. Raderich nach. August gibt sich als Raderich aus, und der Betrag gelangt, espiene nicht der richtige Bettler auf der Bühne. Kaschlich nur, um als etwases Hindernis auszuweisen: er hat die Jugendgeheimnisse längst aus dem Sinn verloren. Edward Kanneker ins Ohr gehende, leichter Sentimentalität geneigte Musik erhebt sich über den alltäglichen Söll und bereitet selbst dem verunglückten Hörer anregende Stunden.

Walter Januhn ist für die komisch-possidischen Schmaus-situationen, in denen sich der abenteuerliche August befindet, aus der Affäre nicht, der rechte Mann. Der vortrefflichen Schauspielers Leistung steht ein konstanter und ausdauernder, aber nicht eben geschmackvoll gefalteter Gehang gegenüber. Die romantische Julia verkörpert angemessen, äußerlich vornehm, Getraude Joachim, ihre anmutige Freundin Luba Petri. Als Tante „Pampel“ holt sich Minna Kana, gesunde Komik einen Sonderausfall. Den Batavia-Bettler, eine Nebenrolle, spielt Günther Fischer mit allpolier Reizlos. Somit kommt Japan Franz Reber, Ernst Wendlers und Wanda. Franz Marjalet legt die Annetschen anspruchsvollen Nummern in anerkannter merter Weise aus, das Spiel von Julius Brandt angereuert, hat Einseitigkeit und Leben. W. M.

## Mißbilligung der Brieger Justiz durch den Justizminister.

In einer kleinen Anfrage zweier demokratischer Landtagsabgeordneter wurde der auch von uns erörterte Vorfall zur Sprache gebracht, wonach der Landgerichtspräsident und der Oberstaatsanwalt in Brieg von der weiteren Zufassung der „Breslauer Zeitung“ an ihre Behörden abzugeben haben, weil die Zeitung in einem Artikel „Richter und Gemeindevorstand“ Mittelteil von der im Preussischen Landtag gestellten kleinen Anfrage der Deutschen Volkspartei über Ausführungen des Ministerpräsidenten Braun auf dem Hamburger Reichsbannerstag gemacht und an diese Ausführungen einen zustimmenden Kommentar geknüpft hatte. Wie die Anfragenden betonten, stellt das Erfahren auf Einseitigkeit der Zufassung der Zeitung eindeutig und klar eine Boykottandrohung dar, da die „Breslauer Zeitung“ Publikationsorgan für die Eintragungen des Registerrichters in Brieg ist. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, antwortet der Justizminister auf die Frage, was er gegen diesen ganz unerbörten Eingriff in die verfassungsrechtlich gesicherte Pressefreiheit zu tun gedenke, das Folgende:

„Der Landgerichtspräsident und der Oberstaatsanwalt in Brieg haben erklärt, daß ihnen völlig fern gelegen habe, der „Breslauer Zeitung“ die Entziehung amtlicher Inzeratenaufträge anzudrohen, und dabei darauf hingewiesen, es sei ihnen unbekannt gewesen, daß die „Breslauer Zeitung“ abwechselnd mit einer anderen Zeitung von dem Amtsgericht in Brieg als Publikationsorgan für die registrierischen Bemerkungen benützt werde. Eine gegenseitige Absicht ist aus ihrem Schreiben nicht zu entnehmen, zumal die Auswasch der Blätter für Bekanntmachungen des Registerrichters der von Verfügungen der Aufsichtsbehörde unabhängigen richterlichen Entscheidung des Amtsgerichts unterliegt.“

Der Zeitungsartikel konnte den genannten Beamten aber keinen Anlaß bieten, amtlich gegen ihn Stellung zu nehmen oder gar um Abschaffung von der weiteren Zufassung des Blattes zu ersuchen. Wegen des Mißgriffs, der hiernach den Beamten zur Last fällt, ist das Erforderliche im Dienstaufsichtsweg veranlaßt worden.“

## Die Ursache

### des Beuthener Grubenunglücks.

Wahrscheinlich Veranlassung der Sicherheits-Einrichtungen.

Am Sonnabend fand die Untersuchung der Ursachen des Unglücks auf der Casten-Zentrumsgrube statt.

Man ist in Kreisen der Gewerkschaften der Ansicht, daß das Unglück auf besorgniserregenden Abbau und Vernachlässigung der

Sicherheitseinrichtungen zurückzuführen ist. Die Untersuchung am Sonnabend hat daher gerade diesen Momenten besondere Aufmerksamkeit geschenkt und hat, ohne bisher zu einem abschließenden Ergebnis gekommen zu sein, festgestellt, daß der Ausbau der Sicherheitsmaßnahmen nicht der auf dieser Grube besonders großen Gefahrenquote entsprochen habe.

## Die Abstimmungsfeste in Deutsch-Oberschlesien.

Zur Erinnerung an den Abstimmungstag fanden am Sonntag in Oberschlesien große Gedenkfeiern statt. Besonders eindrucksvoll gestaltete sich die Kundgebung auf dem Wilhelmsplatz in Beuthen. Alle in Beuthen ansässigen Vereine, Verbände und Organisationen, waren mit Kolonnen-Deputationen erschienen. Auch die Staats- und städtischen Behörden waren zahlreich vertreten. Unter den vielen prominenten Persönlichkeiten befand sich auch Dr. Edener, der sich zurzeit auf einer Vortragsreise durch Oberschlesien befindet. Landtagsabgeordneter Zawadzki hielt die Gedächtnisrede. In deren Schluß fand eine Entschuldigungs-Anrede, in der das Gelübde der Treue zum deutschen Vaterlande und zu Preußen abgelegt und gegen Zerstückung der ober-schlesischen Heimat protestiert wird. Dann sprach Dr. Edener, von der Menge stürmisch begrüßt, einige Worte und brachte ein dreifaches Hoch auf Oberschlesien aus. Mit musikalischen Darbietungen fand die Feier ihren Abschluß. Die zentrale Feier in Opola ist wegen der Teilnahme der Reichs- und preussischen Minister an der heutigen Befreiungsfeste am Vösem auf den nächsten Sonntag verschoben worden.

Waldenburg. Im Kreis Waldenburg (nieder-schlesisches Industriegebiet) hat sich über die Hälfte der Wahlberechtigten in die Liste zum Volksbegehren eingetragen. Nach den bisherigen Ermittlungen wurden im Stadtkreis 12.854 und im Landkreis 43.346, also insgesamt 56.200 Eintragungen gezählt. Das sind im Stadtkreis 49,5 Prozent und im Landkreis 65 Prozent der Wahlberechtigten. Einzelne Industrie- und Landgemeinden der Nieder-schlesien erreichen eine Beteiligung von 80 bis 85 Prozent.

Striegau. Die Schupo rückt ab. Das nach hier beorderte Schupo-Kommando verläßt am 31. März die Stadt. Den Dienst übernimmt wieder in vollem Umfange die hiesige Polizei. Die Maßnahme ist vom Regierungspräsidenten angeordnet worden und dürfte auch trotz aller Widersprüche durchgeführt werden. Der Weggang der Schupo wird allgemein bejubelt.

Sirchberg. Sprengstoffvergehen. In der Wohnung des Arbeiterers W. in Bronsdorf wurden bei einer Hausdurchsicht 25 Kilogramm Sprengstoff und ein altes Jagdgewehr mit Munition gefunden und beschlagnahmt. W. hatte sich sehr vor dem Schöffengericht in Sirchberg wegen Sprengstoffvergehens zu verantworten. Das Gericht verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis und billigte ihm Strafschuldung zu, da der Anklage nicht in verdränglicher Reue, sondern aus Unachtsamkeit den zum Sprengen von Baumstüben benutzten Sprengstoff in seiner Wohnung aufbewahrt hatte.

Werbt ständig für unsere Zeitung!



# Gewerkschaftsbewegung.

## Das Koalitionsrecht in China.

Die chinesische Zentralregierung hat die Absicht, ein Gesetz über die Gewerkschaften zu erlassen. In diesem Zusammenhang ist es interessant, auf den von der Regierung in Kanton vor etwa einem Jahre auf Veranlassung der Arbeiterorganisationen der Provinz herausgegebenen Erlaß hinzuweisen. Der darin vorgesehene Regelung sind alle Hand- und Kopfarbeiter beider Geschlechter einschließlich der öffentlichen Beamten unterworfen. Für die Verfassung der Gewerkschaften gelten folgende Bestimmungen: Der Verband muß mindestens 50 über 18 Jahre alte Mitglieder zählen, welche den gleichen Beruf ausüben oder in ein und demselben Betrieb beschäftigt sein müssen. Die Gewerkschaft muß an die Verwaltungsbehörden einen Antrag auf Eintragung stellen.

Die gesetzlich zugelassenen Gewerkschaften gelten als juristische Personen, sie können mit der Arbeitgeberseite gleichberechtigt verhandeln und mit ihr in paritätischen und Schlichtungsausschüssen vertreten sein. Ferner können sie Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen machen, sie genießen Rede- und Pressefreiheit und können mit Stimmeneinheit den Streik beschließen, vorausgesetzt, daß dabei die öffentliche Ordnung nicht gefährdet und Leben und Besitz der Bürger nicht gefährdet werden. Ferner sind die Gewerkschaften nicht verantwortlich für die Handlungen einzelner ihrer Mitglieder. Beim Konkurs von Banken, bei denen sie ihr Guthaben angelegt haben, haben sie bevorrechtigte Forderungen aus der Konkursmasse, gewisse Teile ihres beweglichen und unbeweglichen Vermögens sind unantastbar, die Bestimmungen des Strafgesetzbuches und die Polizeiverordnungen, welche das Versammlungs- und Koalitionsrecht beschränken, sind auf die Gewerkschaften nicht anwendbar.

Die Gewerkschaften haben folgende Aufgaben:

1. Schutz der Interessen und Hebung des Wohlstandes ihrer Mitglieder.
2. Arbeitsbeschaffung für ihre Mitglieder.
3. Abschluß von Tarifverträgen mit den Arbeitgebern.
4. Zusammenfassung ihrer Mitglieder in Produktions-, Konsum-, Bau- und Kreditgenossenschaften, Einrichtung von Sparcassen und sozialen Versicherungskassen.
5. Schaffung von Volks- und Berufsbildungsanstalten und Bibliotheken für ihre Mitglieder, Herausgabe von Zeitschriften usw.
6. Die Regelung von Streitigkeiten, sei es unter den Mitgliedern oder zwischen diesen und den Arbeitgebern auf dem Wege der Schlichtung.
7. Teilnahme an der Aufstellung, Veränderung oder Abschaffung von Gesetzen, die Industrie sowie Arbeiter betreffen durch freiwillige oder erbetene beratende Mitarbeit bei den Verwaltungs-, Rechts- oder Gesetzgebungsinstanzen.
8. Die Unterrichtung über die Arbeitsbedingungen und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Vorlegung von mehrschlüssigen statistischen Berichten über diese Fragen an die Ortsbehörden.

Bei Streitigkeiten zwischen einer Gewerkschaft und der Arbeitgeberseite kann die Zentralverwaltung als Schlichter bestellt werden, und wenn dieser Versuch der Schlichtung scheitert, kann die Behörde die Streitigkeiten auf dem Wege des Zwangsschlichtens regeln, sofern der Konflikt die normale Tätigkeit eines öffentlichen Dienstzweiges gefährdet oder zu gefährden droht. Jede Gewerkschaft stellt ihre Satzungen und ihre Geschäftsordnung selbständig auf, der gewerkschaftliche Beitrag darf jedoch 5 Prozent des Einkommens eines Mitgliedes nicht überschreiten.

Nach dem Wortlaut der Regelung soll die gewerkschaftliche Organisation des Betriebes als Grundlage nehmen, wenn nicht besondere Umstände es notwendig machen, die Gewerkschaft auf der Grundlage des Berufes zu errichten. Gleichartige Gewerkschaften können sich zusammenschließen oder verschmelzen. Die Gewerkschaften oder gewerkschaftlichen Bünde können sich mit gleichartigen Bänden einer anderen Provinz oder eines anderen Landes vereinigen.

### Wichtig für Betriebsräte.

Eine für Betriebsratsmitglieder wichtige Entscheidung hat das Reichsgericht gefällt. Von einer Firma bei Hannover wurde im Mai 1924 dem Korrespondenten für Auslandsverkehr und Betriebsratsmitglied gekündigt. Gleichzeitig wurde dem größten Teil der Arbeiter und Angestellten am 30. Juni gekündigt mit der Begründung, daß eine Stilllegung des Betriebes beabsichtigt werde. Die Zustimmung des Betriebsrats wurde nicht eingeholt. Da eine Betriebsstilllegung weder beabsichtigt war noch erfolgte, verlangte das gekündigte Betriebsratsmitglied die Fortzahlung seines Gehalts von monatlich 90 Mark, bis zur Erlangung einer neuen Stellung. Das Landgericht Hannover wies die Klage ab; das Oberlandesgericht erkannte einen Anspruch auf Gehaltszahlung bis Ende Juni 1925 an, während das Reichsgericht die Beklagte im vollen Umfang verurteilte. Die Entscheidungsgründe hierzu sind folgende: Der Arbeitgeber ist nach § 96 Betriebsratsgesetz bei Kündigung eines Mitgliedes der Betriebsvertretung von deren Zustimmung entbunden, wenn er keinen

Betrieb stilllegt und insolge dessen Betriebsratsmitglieder entläßt und entlassen muß. Von einer Betriebsstilllegung nach Sinn und Geist des Gesetzes kann aber nur dann die Rede sein, wenn diese ihren Grund und ihre Rechtfertigung darin findet, daß der Unternehmer die Erzeugung von Sachwerten für eine wirtschaftlich nicht unerhebliche Zeitspanne einstellt und damit die Erreichung des Betriebs- und Gemeinschaftszweckes unmöglich macht. Unter die Ausnahmevorschriften kann es aber schlechterdings nicht fallen, wenn der Unternehmer sämtliche Arbeiter entläßt, um nach wenigen Tagen den Betrieb mit einem Teil der bisherigen Arbeiter oder mit anderen wieder aufzunehmen. Damit wäre der Umgehung des Gesetzes Tür und Tor geöffnet und in den rechts- und sozialpolitischen Schutz der Arbeitnehmer gegen willkürliche Kündigungen eine lächlich nicht gerechtfertigte Breche geschlagen. Eine derartige Bevorzugung des Arbeitgebers und Hintanhaltung der Interessen der wirtschaftlich schwächeren Arbeitnehmer hat der Gesetzgeber nicht gewollt. Im gegebenen Falle kann von einer Betriebsstilllegung im Rechtssinne nicht die Rede sein, sondern nur von einer Betriebsunterbrechung, einer die Aufhebung des Kündigungsrechtes nicht rechtfertigenden Arbeitspause. Möglich ist, daß die vorzeitige schnelle Wiedereröffnung eines Betriebes infolge einer nicht vorhergesehenen plötzlichen Änderung der Verhältnisse erfolgt. Das kommt aber vorliegend nicht in Betracht. Es war von vornherein nur eine vorübergehende Schließung des Betriebes auf etwa acht Tage gedacht; es war der Versuch, die berechtigten Umstellungsmahnahmen zur Vermeidung aller, insbesondere der aus dem Betriebsratsgesetz sich ergebenden Schwierigkeiten und zur Wahrung völliger Handlungsfreiheit der Firma in das Gewand einer Stilllegung zu kleiden.

**Jugendblätter des Zentralverbandes der Angestellten, Jahrgang 1926, Nr. 3, 32 Seiten, herausgegeben vom 3. d. V., Berlin S.O. 26, Drantienstraße 40/41; im Verlage vierjährig 15 Pf.** Die vorliegende März-Nummer ist in vorzüglichem Umfange herausgegeben. Eine mannigfaltige Fülle von Wissenswerten und Unterhaltendem enthalten diese Blätter. Genossin Klara Böhm-Schuch, W. d. R., spricht vom Märtyrern und Ziel der Jugend; Kurt Seligson erzählt in knappen, aber anschaulichen Worten von seiner Reise nach der „Goldstadt“ Kowgorz. Ein weiterer Aufsatz wendet unseren Blick dem gestirnten Himmel zu. Den Kampf der Gewerkschaften um neues Leben zeigt Dr. Otto Suhr; die Förderung der Berufsausbildung W. Eichenbach. Lachen und Weinen Tui Wilenspiegels flangen dazwischen. Einige Aufsätze schildern den Aufbau, den Weg und das Ziel des 3. d. V. Auch eine Reihe nette Bilder schmücken das Heft. Nicht nur alle Kaufmannslehrlinge und jungen Angestellten sollten die „Jugendblätter des Zentralverbandes der Angestellten“ lesen und abonnieren. Jeder junge Mensch lernt daraus und findet in dieser Schrift Unterhaltung und Anregung. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen.

## Wirtschaft.

### Steigender Großhandelsindex.

Amlich wird mitgeteilt: Die auf den Stichtag des 17. März berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 10. März (117,6) um 0,2 Prozent auf 117,8 gestiegen. Höher lagen die Preise für Getreide, Butter, Rindfleisch, Kalbfleisch, Baumwolle, Baumwollwaren und einige Nichtfermetalle. Gestiegen sind die Preise für Kartoffeln, Fleisch, Sojapfen, Baumwollgewebe, Schuhe, Zuteagen, Zint und Aluminium. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 119 auf 122,3 oder um 0,4 Prozent angezogen, während die Industriestoffe von 128,3 auf 128,1 oder um 0,2 Prozent nachgaben.

Wir geben die Entwicklung der Großhandelsindexziffern in den letzten Wochen durch folgende Zusammenstellung wieder:

Woche vom	Gesamtindex	Agrarerzeugnisse (1913 = 100)	Industriestoffe	10 reagible Waren
1.-6. 2.	119,2	113,5	119,9	123,3
22.-27. 2.	117,6	111,5	129	121,2
1.-6. 3.	117,3	111,3	128,5	120,6
8.-13. 3.	117,6	111,9	128,3	119,6
9.-17. 3.	117,8	112,3	128,1	-

Die zehn reagiblen Waren, d. h. konjunkturrempfindlichen Waren, senkten sich von Anfang Februar bis Mitte März von 123,3 auf 119,6. In der zweiten Märzwoche haben die Agrarprodukte weiter angezogen. (An der Börse macht sich infolge der Roggenvalorisationspläne ein weiteres Angehen für Weizengetreide bemerkbar.) Für Industriestoffe ist ein mäßiges Absinken festzustellen.

### Die Förderung der Neubautätigkeit.

Aus Richtlinien, die der Preussische Finanzminister und der Minister für Volkswohlfahrt zur Förderung der Neubautätigkeit im Jahre 1926 in einem Rundverbot bekanntgeben, teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit: Zur Fertigstellung von Bauvorhaben, die mit öffentlichen Wohnungsbauarbeiten des vergangenen Jahres nicht hinreichend

gefördert werden konnten, kann nötigenfalls aus Mitteln des laufenden Rechnungsjahres eine Erhöhung der Hauszinssteuerhypothek bewilligt werden, deren Gesamtbetrag in keinem Falle die für die betreffende Gemeinde in Betracht kommende Höchstgrenze übersteigen darf. Mit Rücksicht auf die Landtagsforderung, daß mit Unterstützung öffentlicher Beihilfen von 1926 ab jährlich mindestens 100 000 Wohnungen errichtet werden, mußte angesichts der nur in beschränkter Höhe verfügbaren öffentlichen Mittel von einer allgemeinen Erhöhung der Durchschnitts- und Höchstätze für die zu bewilligenden Hauszinssteuerhypotheken abgesehen werden. Um in besonders gearteten Fällen die Beschaffung der neben der Hauszinssteuerhypothek erforderlichen Mittel zu erleichtern, ist in begrenztem Umfange die Möglichkeit der Begebung von Zusagehypotheken aus öffentlichen Wohnungsbaumitteln vorgesehen. Die Erhöhung der Durchschnitts- und Höchstätze für die zu bewilligenden Hauszinssteuerhypotheken darf wie bisher über den Betrag von 6000 Reichsmark (Durchschnittssatz) und 7000 Reichsmark (Höchstmaß) nicht hinausgehen. — Der Beginn der Tilgung der Hauszinssteuerhypotheken ist allgemein auf den 1. April 1930 festzusetzen. Soweit Verbindungen in der Richtung früherer Termine für den Tilgungsbeginn vorgelegen sind, ist im Interesse einer gleichmäßigen Handhabung und einer Vereinfachung des Verfahrens auf deren Hinausschiebung bis zu dem genannten Termin hinzuwirken.

### Der Seebienst Ostpreußen—Danzig.

Entgegen anders lautenden Nachrichten wird dem Amtlichen Preussischen Pressedienst mitgeteilt, daß der Seebienst Ostpreußen—Danzig zu Ostern noch nicht wieder aufgenommen werden wird. Die Fertigstellung der am 17. März dieses Jahres in Stettin vom Stapel gelassenen neuen Jahrgangsschiffe wird voraussichtlich so erfolgen, daß der mit diesen Schiffen mögliche beschleunigte neue Fahrplan zum Beginn der großen Ferien wird in Kraft gesetzt werden können. Die Verhandlungen über einen provisorischen Verkehr im Mai und Juni sind noch nicht abgeschlossen. Es muß damit gerechnet werden, daß sie scheitern, da die verfügbaren Geldmittel in erster Linie dazu verwendet werden müssen, die Ausstattung der neuen Schiffe so gut wie möglich zu machen. Sollten sich jedoch unerwartete Schwierigkeiten im Verkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland ergeben, so würden Reichs- und Preussische Staatsregierung für a) baldige Aufnahme der Seeverbindung Sorge tragen.

### Schaffung eines internationalen Kupferkartells.

Das Kupfer gehörte zu den wenigen Waren, deren Preise sich gegenüber dem Vorkriegsstand nicht erhöht hatten, ja, sie standen im vorigen Jahre sogar zeitweilig unter den Vorkriegspreisen. Die Kupferproduzenten haben zwar dank der Verbilligung der Herstellungskosten auch mit diesen Preisen ihr gutes Auskommen gefunden, — bei dem gegenwärtigen Verkaufspreis von 14 Cent pro Pfund haben sie angesichts der Gestehungskosten von nur 9 Cent immer noch einen guten Gewinn. Trotzdem beneiden sie ihre glücklicheren Kollegen, die etwa Blei oder Zinn herstellen, und möchten auch die Kupferpreise in die Höhe bringen. So soll die bereits 1918 gegründete Kupferausfuhrgesellschaft wieder ins Leben gerufen werden, diesmal aber unter Beirath der afrikanischen Produzenten. Der überwiegende Teil der Kupferproduktion, ein Monatsdurchschnitt von 78 000 Tonnen, wird von den Vereinigten Staaten geliefert, die zweit- bzw. drittgrößte Produktion, die Chile und Peru mit einem Monatsdurchschnitt von 22 000 Tonnen liefern, ist vollkommen im Besitz des Kapitals der Vereinigten Staaten. Im vergangenen Jahre hat sich die Kupfererzeugung der Vereinigten Staaten um 50 000, die von Chile und Peru um 9000 Tonnen erhöht. Als neuer Konkurrent ist aber die afrikanische Produktion am belgischen Kongo, Union minière du Haut-Katanga aufgetreten. Ihre monatliche Durchschnittsproduktion betrug 1925 zwar nur 10 000 Tonnen, aber für 1926 ist die Verdoppelung dieser Erzeugung vorgezogen und einer weiteren Ausdehnung steht nichts im Wege. Ja, die Produkte der afrikanischen Gesellschaft haben selbst in den Vereinigten Staaten Verbreitung gefunden. Das neue Kartell kann sich infolge der amerikanischen Gesetzgebung auf Verkauf innerhalb der Vereinigten Staaten nicht erstrecken, für Ausfuhr ist jedoch die Schaffung von Kartellen auf Grund des Webb-Pomerance-Gesetzes erlaubt. Die Preise für nach dem Ausland verkauft Kupfer sollen durch das Kartell erhöht werden, was aber ohne Produktionseinschränkung nicht möglich ist. Zur Hebung der Preise innerhalb der Vereinigten Staaten sind die Produzenten bestrebt, einen Kupferzoll einzuführen. Vorläufig bestehen noch zwischen den beiden großen Kupfertrusts in bezug auf die Preishöhe Gegenläufe. Der Anaconda-Trust möchte die Preise möglichst hochschrauben, während die American Smelting-Gesellschaft, die das Kupfer vornehmlich als Lohnraffinerie verarbeitet, an hohen Preisen nicht interessiert ist. Die Einbeziehung der afrikanischen Kupfergesellschaft wurde mit dem Zugeständnis erkaufte, daß die vom Kartell verordneten Produktionsbeschränkungen sich auf die amerikanische Erzeugung nicht erstrecken sollen. Für Deutschland, das im vergangenen Jahre Kupfer im Werte von 225 Millionen Mark einführen mußte, wird sich die bevorstehende Erhöhung der Kupferpreise schwer spürbar machen. Einkäufe konnten die Preise noch nicht erhöht werden, weil die Vorräte noch groß sind und die Lieferungen des Kartells erst später in Erscheinung treten werden.

## Arbeitsrechtliche Rundschau.

### 1. Kündigung von Arbeitnehmern infolge Geschäftsauflösung.

Auf Grund der Geschäftsauflösungsverordnung kann ein Dienstverhältnis, das im Haushalt, Wirtschaftsbetrieb oder Erwerbsbetrieb des unter Geschäftsaufsicht stehenden Arbeitgebers eingetretet ist, von diesem Arbeitgeber gekündigt werden. (§ 11.) Die Kündigung ist die gesetzliche, falls keine kürzere bedingende. Die Kündigung einer verdinglich höheren Frau kommt in Frage. Der Anspruch der Kündigung liegt nicht der Geschäftsaufsichtsperson ab, sondern dem Geschäftsherrn selbst, weil der Geschäftsinhaber durch die Auflösung nicht grundsätzlich seinen Inhaberrechten entzogen werden soll. Geschäftsaufsichtsperson aber nur werden mit Ermächtigung des Gerichts, falls nicht ein auf Grund des Vertrages überhaupt die Kündigung möglich ist. Die Ermächtigung wird jedoch immer dann erteilt werden, wenn die Verminderung des Personals im wirtschaftlichen Interesse des Unternehmens liegt. Kündigung der Geschäftsaufsicht auf Grund der Geschäftsauflösungsverordnung, ohne daß er vorübergehend ein höheres Recht hätte, so kann der Arbeitnehmer Erlaß des Gerichts beantragen. In Höhe dieses Schadens unterliegt jeder allen Bestimmungen und Bestimmungen der Geschäftsauflösungsverordnung. Er muß sich also bei gleichzeitiger Vergleich mit einem kollektiven Erlaß seiner Forderungen stellen lassen. Für den Arbeitnehmer wird die Geschäftsauflösung über seinen Arbeitgeber kein Grund zur Kündigung sein. Hat er andererseits ein Interesse daran, in einem anderen, besser bezahlten Unternehmen unterzukommen, so wird man ihn aber ein Recht zur Kündigung mit der gesetzlichen Kündigungsfrist mit einer längeren, vertraglich vereinbarten, schuldigen Frist, wenn sie es in der Geschäftsauflösungsverordnung dem Arbeitgeber gestattet worden ist, dem der in Arbeitsvertrag vereinbarte, auf die Kündigung der Geschäftsauflösungsverordnung hinweist, und Arbeitnehmer, wenn auch in einem Zusammenhang, nicht davon Gebrauch machen. (Erlaß Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Bd. 31 S. 277.)

### 2. Der einseitige Beitritt zur Erwerbslosenversicherung.

Durch einseitigen Beitritt zur Erwerbslosenversicherung, bei einer anderen Firma, ist ein

Verfügung dort die Weiterarbeit unmöglich zu machen. Das Gewerbegericht Hamburg (Gewerbe- und Kaufmannsgericht Bd. 31 S. 277) hatte sich mit der Berechtigung dieses Arbeitgebers ab. Dabei stellte es sich auf den Standpunkt, daß der Arbeitnehmer gewöhnlich auf Broterwerb mittels Arbeit angewiesen sei und daher das Recht haben müsse, tätig zu sein. Wollte man ihn das Recht, bei einer anderen Firma zu arbeiten, durch gerichtlichen Eingriff nehmen, so würde man ihn aus Erwerbsgründen zwingen, wobei bei der alten Firma einzutreten. Ein solcher Zwang zur Dienstleistung im Wege der Zwangsvollstreckung, also auch im Wege der einseitigen Kündigung, sei gesetzlich ausgeschlossen (§ 888 Abs. 2 Zivilprozessordnung). Demgemäß könne man dem Arbeitnehmer auch mittels einseitiger Verfügung nicht gebieten, die neue Stelle zu verlassen.

### 3. Einseitiger Beitritt zur Erwerbslosenversicherung für das Reichsgebiet.

Der vom Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung gebildete Ausschuss hat mit Wirkung vom 1. Februar 1926 einen einseitigen Beitritt zur Erwerbslosenversicherung für das gesamte Reichsgebiet festgestellt. Dieser Beitritt beträgt nunmehr 3 Prozent des Grundlohnes. (Reichsarbeitsblatt 1926 S. 22.) Daraus ist 1 Prozent des Grundlohnes als Reichsanteil festgesetzt. Demgemäß ist ein Drittel aller Beiträge, die bei den Arbeitsnachweiskommissionen für die Erwerbslosenversicherung einzeln, fortan an die Reichsausgleichskasse abzuführen. (Reichsarbeitsblatt 1926 S. 46.)

### 4. Rechtsmittel dürfen vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten auch beim gerichtlichen Antrage stellen.

Nach dem Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz sind Rechtsmittel als Berufungsbegründung vor diesen Gerichten nicht zugelassen. Das Landgericht I Berlin hat als Berufungsbegründung unter dem 9. November 1925 (Reichsarbeitsblatt 1926 S. 47) entschieden, daß bei dieser Verbot nicht nur auf die unmittelbaren Bestimmungen, sondern auch auf die gesamte Verfahrensbefugnis Anwendung zu machen und nicht außerhalb der Berufung irgend welche Anträge stellen.

### 5. Tarifvertragsaufhebung.

Verordnung über die Aufhebung von Tarifverträgen vom 26. Januar 1926 (Reichsarbeitsblatt Nr. 10) die Tarifvertragsaufhebung einseitig möglich, wenn der Betrieb zum 1. Februar 1926

sei daher nur nochmals hervorgehoben, daß auf Grund der neuen Verordnung lediglich Kurzarbeiter eines gewerblichen Betriebes, in dem regelmäßig mindestens zehn Arbeitnehmer beschäftigt sind, Unterstützung erhalten können, wenn sie in den letzten zwölf Monaten vor Eintritt der Kurzarbeit mindestens drei Monate auf Grund ihrer Tätigkeit pflichterfüllt gegen Krankheit oder nach dem Angestelltenversicherungsgesetz waren. Ausschneiden müssen also Kurzarbeiter kleinerer und mittlerer Betriebe. Die Unterstützung ist, wenn sie benötigt wird, für den dritten, vierten und fünften ausfallenden vollen Arbeitstag einer Kalenderwoche zu gewähren. Die ersten beiden Ausfallstage gehen zu Lasten des Kurzarbeiters. Unterstützung wird, und zwar den Arbeitern desselben Betriebes höchstens in sechs aufeinanderfolgenden Wochen für voll ausfallende Arbeitstage, bewilligt, also nicht etwa, wenn hundertweise verübt gearbeitet wird. Sie berechnet sich nach dem Tageslohn, den der Kurzarbeiter als Erwerbsloser erhalten würde, also nach Hauptunterstützung zuzüglich Familienzuschlag. Bei drei Ausfalltagen darf sie in jeder Kalenderwoche einen Tageslohn, bei vier Ausfalltagen zwei Tageslöhne, bei fünf Ausfalltagen drei Tageslöhne nicht übersteigen. Für Kurzarbeiter mit mindestens drei zuzugsberechtigten Angehörigen bestehen erhöhte Sätze. Unterstützung wird nur gewährt, wenn der Arbeitgeber dem öffentlichen Arbeitsnachweis über Voraussetzungen und Höhe der Unterstützung Anzeige macht. Gilt kann die Betriebsvertretung oder, falls sie nicht besteht, jeder Arbeitnehmer die erforderliche Anzeige erhalten.

### 6. Neue Höchstätze in der Erwerbslosenversicherung.

Durch Anordnung vom 27. Februar 1926 (Reichsarbeitsblatt 1926 S. 62) sind mit Wirkung vom 1. März 1926 die Höchstätze in der Erwerbslosenversicherung verändert worden. Im hier in Frage kommenden Wirtschaftsgebiet I (Osten) betragen sie für Erwerbslose, die keinen Familienzuschlag beziehen und nicht dem Haushalt eines anderen angehören, bei Personen über 21 Jahren in Ostklasse A 1,52 Mark, in Ostklasse B 1,42 Mark, in Ostklasse C 1,32 Mark; bei Personen unter 21 Jahren sind hier als Höchstätze in Ostklasse A 1, — Mark, in B 98 Pf., in C 68 Pf., festgesetzt. Von der neuem Unterstützungssätze gelten für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger die Maßgaben dauernd unterstellt worden sind, wenn es sich um Personen unter 21 Jahren handelt, im Wirtschaftsgebiet I Osten verringerte Sätze von 0,91 Mark in Klasse A, 0,86 Mark in Klasse B und 0,79 Mark in Klasse C.





## Jugend!

Mensch zu werden in höchster Vollendung,  
Das ist der Jugend göttliche Sendung:  
Schöpfer zu sein einer neuen Zeit  
Mit einem Bewußtsein: Menschlichkeit!

Das ist der Jugend köstliches Gut:  
Daß ihres Herzens fernste Gut  
Immer zur Wahrheit sich drängt  
Und an das Edle verschaukt.

Das ist der Jugend sieghafte Kraft:  
Daß sie am Werke der Zukunft schafft,  
Unbeschwert von Formen und Zwang,  
Sich begeistert von Entzünden.

Das wird der Jugend Siegeslied:  
Daß sie sich findet in Ketz und Sied,  
Daß sie die Schranke kühn überreunt,  
Die noch Staaten und Völker trennt.

Jugend: Ein Herz nur, gläubig befeelt,  
Jugend: Ein Wille, im Kampfe geküßt,  
Jugend: Ein Wissen, das aufrecht sich hält —  
Und sie erobert die ganze Welt!

Hubert Delmer.

ichen Beilage für die Arbeiter-Jugend

16: 14 Bl. umfasst 17 Bl. ...  
gehört 10 Bl. ...  
und Wohnungsangelegenheiten 7 Bl. ...  
11 Uhr 1 Tag vorher, in der Haupt-Expedition  
2 48 oder in den Zweigstellen abgegeben werden

## Unsere Jugend im Märzsturm!

In unseren Tagen brausen nicht nur Frühlingsstürme über das Land, um neuem Leben in der Natur die Wege frei zu machen. Es scheint, als ob diese Erscheinung nicht ohne gleichlaufende Ereignisse im Leben der Menschheit und des Proletariats bleiben sollte.

Märzstürme mächtiger Entscheidungen, Fanfaren heißer Kämpfe zucken das Proletariat und seine Jugend zu mannhaften Einsätzen für große Ziele. Da heißt es, dem Brausen des Windes nicht ausweichen. Klaren Hauptes wollen wir mutvoll kämpfen, und die roten Banner des Regies, der Freiheit, der Brüderlichkeit lassen im Winde sich rauschend entfalten.

Wir schlagen die Schlacht des Volksbegehrens. Unsere Jugend mit! Wie viele werden sein, denen die Schulungsarbeit unserer Organisation leicht ihre politische Pflicht einwandfrei vorzeichnete. Eine Etappe in unserem großen Kampf gegen Elend und Not ist erreicht; die nächste Arbeit harret schon wieder. Wir wollen auf dem Posten sein.

Diese Märzwoche nun, die Zeit vom 22. bis 27. März dient unserer eigenen Organisation.

### Reichswerbewoche!

Lauende von Mädchen und Burken verlassen die Schule. Viele Hoffnungen, Kühne Pläne, stolzer Wille sind ihre Weggenossen; doch das Schicksal junger Proletarier weist ihnen nicht erspart. Heiße Mühe der Arbeit, die knapp den Lebensunterhalt einträgt. — Vor ihnen steht die ganze Schwere proletarischer Daseins. Auf ihnen lastet das Gewicht einer Gesellschaftsordnung, die Millionen erntet, ein freudloses Dasein führen läßt und wenige unermülich bereichert. Auch die Macht, Entscheidungen zu fällen über Wohl und Wehe von Millionen liegt damit in viel zu wenig Händen und der Geist der Mächtigen steht oft engstirnig nur bei Förderung persönlichen Gewinnes, nicht die ungeheure Aufgabe und Verpflichtung.

Das Proletariat ist dabei, sich der Fesseln zu entledigen! Da dürfen wir unsere Jugend nicht perkumpfen und tatenlos ins Lager der Nichtstuer gehen lassen!

### Reichswerbewoche!

Holt alle heran zur Arbeit, damit die Reihen junger Kämpferinnen und Kämpfer immer dichter werden, damit ihre geistige Kraft in gegenseitiger Hilfe wachse und das Gefühl der Gemeinschaft ihnen den Glauben an den Sieg unserer Sache gebe. Das Zeichen der Reichswerbewoche zeigt die entfaltete Fahne der sozialistischen Jugend! Schafft alle, daß diese rote Fahne den Erdball kröne.

### Alle und Junge herbei in dieser Werbewoche!

Es gilt Aufstieg und Sieg der sozialistischen Jugend! Die Kraft unserer Organisation verbürgt den Bestand der sozialistischen Arbeit auch für die Zukunft. Doch nur Arbeit verbürgt den Erfolg! Sozialistische Jugend, sei unermülich in deiner Tätigkeit!

Genossinnen und Genossen aus Gewerkschaft und Partei! Laßt nicht nach in Förderung und Unterstützung.

Die Müßiggänger schiebt beiseite!  
Diese Welt soll unser sein!

## SAJ. und Elternhaus.

Von Max Westphal.

Wir müssen uns immer wieder bemühen, zwischen unseren Jugendgruppen und der Elternschaft recht gute Beziehungen herzustellen. Wir müssen in Freundschaft verbunden sein, nicht durch Mißtrauen getrennt. Die Herstellung solcher freundschaftlicher Beziehungen ist eine von Eltern und Jugendlichen gemeinsam zu lösende Aufgabe. Ihre Lösung ist immer möglich, wenn auf beiden Seiten guter Wille, Verständnis und Entgegenkommen vorhanden sind.

Den Eltern kann es nicht gleichgültig sein, was ihre Töchter und Söhne treiben, in welcher Gesellschaft sie sich aufhalten. Die Eltern müssen sich deshalb einmal mit den Bestrebungen der SAJ. befassen, müssen einmal in das Leben, in die Arbeit unserer Jugendgruppen hineinschauen. Wenn sie unsere Ziele kennen und billigen, dann werden sie unsere Arbeit immer gern unterstützen, werden gern helfen, Fehler zu beseitigen, wo solche vorhanden sind.

Die Jugendlichen müssen immer wieder den Eltern aus der Bewegung berichten. In vielen Fällen würden Vater und Mutter gern einmal von den Arbeitsabenden, von den Spielen und Wandersfahrten hören. Unsere Jungen und Mädchen müssen nicht alles in der eigenen Brust verschließen — mit Kameraden plaudert ihr gern, eure Eltern dürft ihr nicht minder gut behandeln. Ihr werdet nicht selten erleben, daß die Eltern sich doch auch mancherlei Gedanken über eure Jugendgruppe machen. Eine Aussprache kann da oft Unstimmigkeiten beseitigen.

Die Erfahrung zeigt, daß die Eltern kaum jemals etwas gegen unser Bestreben: gesunde, charakterfeste, gebildete Menschen mit sozialistischer Gesinnung und Tatkraft zu erziehen, einzuwenden haben. Desto häufiger haben sie Beschwerden anderer Art. Die am meisten erhobenen Vorwürfe dürften wohl in nachstehender Liste enthalten sein. Die Eltern klagen:

1. daß die SAJ. die Jugendlichen zuviel von ihrer Berufs- und Fortbildungsschularbeit ablenke;  
2. die Jugendlichen kämen oftmals von den Veranstaltungen zu spät nach Hause und hätten deshalb nicht genügend Zeit zum Schlafen;

3. die Jugendlichen würden auch am Sonntag aus der Familie geholt; wären überhaupt zu wenig im Hause;  
4. die Mädchen bekämen einen „Reformkleider-Fimmel“.

Das ist schon ein ganz ansehnlicher Scheiterhaufen — aber es ist doch nicht genügend Brennstoff darin, um die ganze SAJ. zu verbrennen. Wir wollen uns die einzelnen „Kloben“ einmal etwas näher betrachten. Es wird sich zeigen, daß in allen Vorwürfen ein gewisser Wahrheitskern steckt, der die Jugendlichen zur Selbstkontrolle und Besserung verpflichtet, daß aber auch die Eltern bei richtiger Betrachtung der Dinge einige Pflichten zurückstellen müssen.

Man darf wohl kaum für eine manchmal nicht zu bestreitende Ablenkung von der Berufs- und Erwerbstätigkeit allein die Jugendgruppe verantwortlich machen. Es darf doch nicht vergessen werden, wie diese Tätigkeit heute in so vielen Fällen ausfällt. Ist sie nicht in zahlreichen Fällen deplatziert, daß ein Interesse der jungen Menschenlebe daran gar nicht möglich ist? Es kann auch sehr wohl so sein, daß zu schlechte Arbeitsbedingungen, zu geringe Entlohnung, unangenehme Arbeitskollegen die Berufstätigkeit unattraktiv gestalten. Und wo die Jungen und Mädchen noch nach der Tagesarbeit in Werkstatt oder

## eichstag.

urt befehlt; die Töchter sind überfüllt, eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung ist des Reichstages, der sich auf Genf beziehen, mit dieser Beratung zu versehen. Erwartung vergrößert der Berichtigen Ausschusses, (Nat.), nicht auf das Wort. Der Ausschuss beantragt, daß die Reichsregierung von der Ermächtigung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund über den Völkern, aber an Bedingungen knüpfen, geht über gehen soll.

### genminister Dr. Stresemann:

schichte der Genfer Verhandlungen ist fest, daß der Völkerbundsrat als Gesamtheit im Februar 1926 den Wunsch aussprach, im Rat zusammenzutreten nach Überwindung schwerer grundsätzlicher Schwierigkeiten, aber es wurde abgelehnt. Inzwischen ist Deutschland aus der Völkerbundversammlung 1924 auf Wunsch der Mächte, die den Locarno-Vertrag des Eintritts in den Völkerbund abzuwehren, die Pflicht dieser Mächte, den Völkern das Inkrafttreten der Locarno-Verträge zu verhindern, die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund als Kernstück der Locarno-Verträge hatten (Sehr richtig!). Man darf sich nicht täuschen lassen, daß die deutsche Regierung, die die deutsche Regierung gemacht worden waren. Der Rat in seinem überwiegenden Ausschuss, an der Sitzung dahin geht, daß Deutschland gegen internationale Verhandlungen der Völkerbund des Völkerbundes Ansporn auf ohne weitere Veränderung, das die Stellung der deutschen Reichsregierung, Hamburger Rede des Reichs, festgelegt worden. Man fand allgemein, daß die Aufnahme Deutschlands das einzige in Europa des Völkerbundes sei. Die USA, Brasilien und Polen fanden starke Widerstände, am stärksten in öffentlichen Meinung. Die Regierung hatte der deutschen offiziell mitteilen, jede Verweigerung der deutschen Seite die Hinzuziehung Deutschlands hinausginge, würde, wenn sie mit diesem Stande. Die deutsche Delegation konnte daher Genf reisen, daß tatsächlich die Entscheidung des Rates über den deutschen Sitz hinaus sei.

Die deutsche Regierung hat, als andere Tendenzen bekannt wurden, auf das schärfste ihren Standpunkt gewahrt. Auf Anregung Chamberlains fand dann jene erste, zugleich entscheidende Sitzung der Völkerbundkonferenz in Genf statt. Durch den Sturz Briands wurde die Situation erschwert. Aber die Auffassung einzelner Organe in Deutschland, daß der Sturz des Kabinetts Briands in diesem Augenblick ein Mandat sei (Sehr richtig!) ist absolut unhaltbar. Die deutsche Delegation ließ keinen Zweifel darüber, daß für sie eine Verweigerung der päpstlichen Ratssitze in Zusammenhang mit der Tagung des Völkerbundes für die Aufnahme Deutschlands die Zurückziehung des Aufnahmegewärtiges im Gefolge haben würde. Was hat darauf hingewiesen, daß die Zahl der Völkerbundsmitglieder gewachsen und darum auch eine Vermehrung der Ratssitze wünschenswert sei. Wir haben erklärt, daß wir nicht prinzipiell solchen Wünschen absegnen gegenüber, daß aber eine Weltorganisation, die ihre Verfassung ändert, das nicht zum Kame auf Grund dieser oder jener Behauptungen an diesen oder jenen Staat, sondern erst auf Grund sorgfältiger Prüfung der vielen grundsätzlichen Fragen, die die Zusammenlegung des Völkerbundes berühren. Diese grundsätzliche Prüfung in einer Kommission müßten wir verlangen, ehe wir unser Einverständnis mit einer weiteren Vermehrung der Ratssitze erklären könnten. Man hat kritisiert, daß von deutscher Seite überhaupt die Anregung für eine solche Kommission gegeben worden sei. Der deutsche Völkerbundkommissionar hat erklärt, daß im Freundschaftlichen Vorgehen, durch den negativen Ausgang der Genfer Verhandlungen hätten wir eine Verschlechterung unserer Beziehungen zu manchen Staaten verurteilt. Eine Kritik an dem negativen Ausgang hätte nur jenseitig sein, der für den bevorstehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eingetreten ist. (Sehr richtig!) Zustimmung (links). Weit wir an unseren Bedingungen und Bedingungen festgehalten haben, kann man uns doch von anderen Seiten nicht angehen. Wir verlangten, daß in dieser Tagung nur Deutschland einen Ratssitz erhält. Gegen eine eventuelle spätere Vermehrung der Ratssitze konnten wir uns nicht erklären. Deutschland hätte nicht sagen: Wenn in die Völkerbundversammlung, dann ist die Tür zu gegen jeden, der dann eben noch immer...

Die Regierungsparteien haben inzwischen für heute eine Billigungsformel eingebracht, die der Haltung der deutschen Delegierten in Genf entspricht, den Ausgang der dortigen Verhandlungen bedauert und Beschleunigung der Rückwirkungen von Locarno schon vor dem deutschen Völkerbundseintritt verlangt. Die Sozialdemokratie wird dieser Formel zustimmen können, da damit nach Stresemanns eigenem Zeugnis nur derjenige Teil der Regierungspolitik gebilligt wird, der die Fortsetzung der von ihr selbst eingeleiteten Außenpolitik darstellt. Die Völkischen möchten die Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Regierung in anderen Fragen gerne ausnutzen, um die Anhänger der Erfüllungspolitik gegeneinander zu heizen. Sie haben sich daher den Scherz geleistet, ein Vertrauensvotum für das Reichskabinett einzubringen, das sie selbst ablehnen wollen, für dessen Ablehnung sie aber mit den Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten auch die der Sozialdemokraten einzusammeln hoffen. Das Ergebnis wäre, daß die Regierung nach der Genfdebatte vom Reichstag bestätigt bekäme, daß sie das Vertrauen des Reichstages nicht beziehe und zurücktreten müßte. Derartige Scherze mit ernsthaften parlamentarischen Formen werden aber wohl außer den aufgeregten Leuten um Graefe kaum noch andere Parteien mitmachen. Auch die Kommunisten begreifen ja jetzt langsam den Sinn der demokratischen Verfassung und ihrer Auswertungsmöglichkeiten für die Arbeiterschaft besser als zu Zeiten des Getöse der abgesetzten Ruth Ritter-Gruppe, wenn sie auch außenpolitisch in Deutschland noch in Zukunftsphantasien schwimmen und Genenwartspolitik ihren ruffischen Freunden überlassen. In der deutschen Politik wird also die Fortführung des europäischen Ausgleichs von Locarno und die Erweiterung des Völkerbundes im September nicht weiter...

so, sondern nur auf die Prozent der Einkommen, also nur um 1/2 Prozent. Die Einkommensteuer, ebenso die Selbststeuer, sollen vorläufig aufgehoben werden. Die Erhöhung der Biersteuer wird bis zum 1. Januar 1927 verschoben. Die Besteuerung der Luxussteuer und die Ermäßigung der Einkommensteuer sollen im vorgeschlagenen Umfang eintreten. Für die Vermögenssteuer ist neben der allgemeinen Herabsetzung auf drei Viertel des vorherigen Betrages eine Senkung des Steuerfußes bei kleinen Vermögen in Aussicht genommen. Diese neuen Vorschläge wurden am Montag ohne vorherige Verhandlung mit den Oppositionsparteien dem Reichstag durch den Finanzminister Dr. Reichhold unterbreitet. Darauf erklärte Genosse Dr. Hülferding: Man würde vor der Tatsache, daß das ursprüngliche Programm der Reichsregierung in einer einzigen Sitzung vollständig demoliert worden sei. Obwohl die Regierungsparteien nur eine Widerwehr sind, haben sie ohne Zählungswahl mit den Oppositionsparteien das Programm der Regierung ernstlich verändert. Die Sozialdemokratie habe nicht das Bedürfnis, sich eine solche Behandlung gefallen zu lassen. Dem neuen Programm fehlte jeder sachliche Gesichtspunkt. Es sei nur zugeschnitten auf die agitatorischen Bedürfnisse einzelner Parteien und einzelner Wahlkreise. Eine Erleichterung der Wirtschaftslage könne von diesem Programm daher nicht erwartet werden. Die vorgeschlagenen Ermäßigungen seien weder für die Wirtschaft noch für die Masse der Lohnarbeitenden Bevölkerung irgendwie bedeutsam. Die Aufhebung der Einkommensteuer sei ein Danaergeschenk für die Wähler und würde ihre Lage in keiner Weise bessern. Die Konkurrenz der Auslandsweine aber noch verstärken. Wie man die Biersteuer in diesem Augenblick ermäßigen könne, obwohl die Brauindustrie die allergrößten Gewinne mache, die geistige Kultur aber völlig benachteiligt sei, sei unbegreiflich. Angesichts dieser vollständig neuen Situation verlange die Sozialdemokratie den sofortigen Abbruch der Beratungen. In einer längeren Geschäftsordnungsdebatte mußten die Regierungsparteien die Berechtigung des Verlangens nach Beratung aufgeben. Sie müßte befehlen, nachdem ein deutschnationaler Antrag abgelehnt worden war, der die Verhandlungen bis nach dem 1. April vertagen wollte. In den letzten Rathmühtagsstunden fand auf Wunsch des Reichstages Dr. Lutzer eine Besprechung mit den Führern der Sozialdemokratischen Fraktion statt. Der Reichstagsleiter legte die Gründe dar, aus denen sich die Regierung, wenn auch ungern, zu den neuen Vorschlägen entschließen habe und bat um die Zustimmung der Sozialdemokratischen Fraktion. Die Vertreter der Fraktion bekräftigten jede solche Entscheidung vor.









alltlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Der miserable Geschichtsunterricht der deutschen Schulen hat es verstanden, daß die Deutschen der Gegenwart die Bedeutung der Märzrevolution nicht erkennen. Wer Näheres weiß, wird sofort in die Parteikriterien der „Wissenschaft“ hineingezerrt. Man empfiehlt die feindschaftliche Auffassung von Bismarck, der Regierung oder die großbürgerlich-liberale Darstellung von Treue, Meißner, Marx oder Brandenburg als die hundertprozentige Wahrheit, schweigt aber Darstellungen von Marx, Meißner und Bismarck. Warum? Weil sie den proletarisch-revolutionären Standpunkt einnehmen.

Die verbreitetste bürgerliche Auffassung kann keine Klarheit haben, weil sie versucht, Bismarck und die Märzrevolution zu verberlichen. Es gibt für beide keinen Generalnenner; denn Bismarck war feindschaftlicher Junker und Stadtpreuge, die Märzrevolution dagegen war liberal-demokratisch und eine bürgerliche Angelegenheit. Das 1871 gegründete deutsche Kaiserreich war und blieb nur ein reaktionäres Groß-Preußen mit liberal-demokratischem Maueranstrich. Darum brach diese Revolution 1918 so nutzlos zusammen.

Die Märzrevolution war nur eine Teilerleuchtung der großen europäischen Revolution, die im Februar 1848 in schwerer Wirtschaftskrise, veranlaßt durch die Mißwirtschaft der französischen Regierung, in Paris ausbrach. Wenn könnten die Großindustriellen und die Kaufmannschaft der Regierung diesen Schlag; waren sie doch von jedem politischen Einfluß ferngehalten worden und mußten das Treiben der Bärenhändler dulden. Nach dem Ende der Straßen- und Barrikadenkämpfe bildete sich eine neue Regierung, in der das Großbürgertum die Führung übernahm, die minder wichtigen Posten mit Vertretern des Kleinbürgerturns besetzte und auch einige Vertreter des Proletariats als Konzeptionschulzen berufen mußten. Bald wurde ihnen die Arbeit von den Vertretern des Großbürgerturns durch zahlreiche planvolle Niederträchtigkeiten erschwert. Man wollte die Sozialisten nicht in der Regierung haben. Man ließ sie verleumden und erregte die Ungeduld der Massen gegen sie und den Sozialismus. Das Proletariat spaltete sich und schrie über Führerverrat. Im Juni 1848 trieb die Regierung die Ungeduldeten zu neuen Straßenkämpfen und ließ sie durch reaktionäre Truppen niedermehren. So verlor das Proletariat die Junischlacht.

Inzwischen war der Kunde der Revolution auf Belgien, Italien, Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Polen übergesprungen. Am 18. März siegten die Arbeiter und Studenten (!) auf den Barrikaden von Wien, am 18. März in Berlin. Der Hohenzollernkönig und seine Frau mußten den Thron abnehmen des Hutes Ehrfurcht erweisen, eine fürchterliche Demütigung, die die Hohenzollern nie vergessen haben. Uebliche Kämpfe spielten sich in den übrigen großen Städten Deutschlands ab. Zum erstenmal fanden Wahlen zu einem großdeutschen Parlament statt, das in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat, um den Deutschen eine Verfassung und eine Regierung zu geben.

Inzwischen erhoben sich unterdrückte Völker Europas gegen fremde, reaktionäre Regierungen. Norditalien versuchte, sich von Oesterreich loszureißen. Garibaldi besetzte reaktionäre Regierungen kleiner italienischer Staaten und besetzte zugleich Grenzgebiete. Ungarn erhob sich gegen die habsburgische Mißwirtschaft. Schleswig-Holstein gegen die Unterdrückung der reaktionären dänischen Regierung, Polen kämpfte für Freiheit und Einheit. In diesen Ländern einten sich alle Bevölkerungsklassen, um die gemeinsame Unterdrückung zu befeitigen.

Jedoch die Junischlacht brachte die entscheidende Wendung. Das Großbürgerturn aller Länder erblickte im Proletariat einen schlimmeren Feind als in der Reaktion. Der Arm, der sich erhoben hatte zum vernichtenden Schlag gegen die Reaktion, wügte. Er brachte die Reaktion als Gegenmittel gegen das Proletariat, das ihm zunächst die heißen Kassen aus dem Feuer geholt hatte. Immer größer wurde der revolutionäre Wille des Bürgerturns, immer größer die Angst vor der Arbeiterklasse. Das Parlament schuf sich kein Herz. Der schamlose Verrat Preußens an der schleswig-holsteinischen Freiheitsbewegung, die niederträchtige Auslieferung des Landes an die reaktionäre dänische Regierung, lief zwar in der Paulskirche heiße Kampfstimmung hervor. Aber es war zu spät; die preussische Reaktion zeigte ihre Zähne, und sie unterwarf sich. Eine maßlose Verleumdung der proletarischen Revolution wurde in Gang gebracht, so daß den biederen Kleinbürgern schauderte. Die Paulskirche setzte ihrer politischen Harmlosigkeit die Krone auf, indem sie den Kaiser der Revolution, den preussischen König zum Kaiser wählte, was dieser höhnisch ablehnte. Noch einmal flammte der blutige Kampf auf. In Sachsen, Rheinland und Baden kämpften unentwegte Revolutionäre unter schwarzroter Fahne, jedoch vergebens. Prinz Wilhelm von Preußen, der spätere Kaiser, erwarb sich im Kampfe gegen die Revolution den Namen Karlistenprinz. Er war längst wieder von seiner heimlichen Flucht nach England zurückgekehrt.

... sondern nur auf 0,75 Prozent zu ermäßigen, also nur um 1/4 Prozent. Die Weinststeuer, ebenso die Sektsteuer, sollen vorläufig aufgehoben werden. Die Erhöhung der Biersteuer wird bis zum 1. Januar 1927 verschoben. Die Befreiung der Vorsteuer und die Ermäßigung der Fiskussteuer sollen im vorgeschlagenen Umfang eintreten. Für die Vermögenssteuer ist neben der allgemeinen Herabsetzung auf drei Viertel des vorherigen Betrages eine Senkung des Steuerfußes bei kleinen Vermögen in Aussicht genommen.

Diese neuen Entwürfe wurden am Montag ohne vorherige Verhandlung mit den Oppositionsparteien dem Steuerausschuß durch den Finanzminister Dr. Reinhold unterbreitet. Darauf erklärte Genosse Dr. Hilferding: Man stünde vor der Tatsache, daß das ursprüngliche Programm der Reichsregierung in einer einzigen Sitzung vollständig demontiert worden sei. Obwohl die Regierungsparteien nur eine Minderheit sind, haben sie ohne Rücksichtnahme mit den Oppositionsparteien das Programm der Regierung entzweielt und verändert. Die Sozialdemokratie habe nicht das Bedürfnis, sich eine solche Behandlung gefallen zu lassen. Dem neuen Programm stelle jeder kritische Gesichtspunkt. Es sei nur vorgeschritten auf die agitatorischen Bedürfnisse einzelner Parteien und einzelner Wahlkreise. Eine Ermäßigung der Wirtschaftslage könne von diesem Programm daher nicht erwartet werden. Die vorgeschlagenen Ermäßigungen seien weder für die Wirtschaft noch für die Masse der arbeitenden Bevölkerung irgendwelche Bedürfnisse. Die Aufhebung der Weinststeuer sei ein Damerscheit für die Winger und würde ihre Lage in keiner Weise bessern. Die Konkurrenz der Auslandswine aber noch verärtern. Wie man die Winger in diesem Augenblick ermäßigen müsse, obwohl die Brauindustrie die allergroßten Gewinne mache, die geistige Kultur aber völlig handlungslos sei unerschütterlich. Angesichts dieser vollständig neuen Situation verlange die Sozialdemokratie die sofortige Abbruch der Beratungen.

In einer längeren Geschäftsordnungsbearbeitung wählten die Regierungsparteien die Berechtigung des Verlangens nach Verlegung zu gestatten. Sie wurde beschlossen, nachdem ein deutsch-nationaler Antrag abgelehnt worden war, der die Beratungen bis nach dem 1. April vertagen wollte.

In den letzten Plenarsitzungen ging es um Wunsch des Reichstages, Dr. Luther eine Beiratsung mit den Führern der Sozialdemokratischen Fraktion zu lassen. Der Reichstagspräsident legte die Gründe dar, aus denen sich die Regierung, wenn auch ungern, zu den neuen Beschlüssen entschließen habe und bat um die Zustimmung der Sozialdemokratischen Fraktion. Die Vertreter der Fraktion erklärten, daß jede solche Entscheidung vor...

Nur die Ungarn hätten die Revolution zellen können. Aber sie haben ihre Sache nicht im Zusammenhang mit dem übrigen Europa, sondern partikularistisch. Im Augenblick ihres Heres eroberte die Reaktion Wien zurück und erschloß Robert Blum. Der Zar hat Franz Josef seine Kassen an, die dann die Ungarn kühn niederwarfen. An den Grenzen des unerwarteten Aufstiegs brachen sich die Wogen der Revolution.

So endete der Kampf um die schwarzrote Fahne, die für die Deutschen schon 1818 Einheit und Freiheit bedeutete. Nicht Freiheit von äußeren Feinden, wie die Reaktion es immer so schön auslegt. Diese Freiheit verzieht sich für ein Volk von Ehre immer von selbst. Sondern Freiheit im Innern im Sinne der Demokratie. Um die Einheit ringen wir noch heute, und die innere Freiheit ist ständig bedroht wegen der unglaublichen Denkfähigkeit und Denkschnelligkeit großer Massen des Volkes. Noch immer gilt es, das Symbol hochzuhalten, die schwarzrote Fahne des deutschen Volksstaats, die Einheit und Freiheit bedeutet. Der Kampf von 1848 ist eine vorzügliche Lehre für die Lebenden; denn morgen werden sie ihn möglicherweise erneuern und fortsetzen müssen.

### Das Wissen von unserem Ziel.

Die Gesellschaft findet nun einmal nicht ihr Gleichgewicht, bis sie sich um die Sonne der Arbeit dreht.

Das Verhältnis des Fabrikanten zum Arbeiter ist kein menschliches, sondern ein rein wirtschaftliches. Der Fabrikant ist das Kapital, der Arbeiter ist die Arbeit. Und wenn der Arbeiter sich nicht in diese haltlose Bestimmung hineinzulassen lassen will, wenn er behauptet, daß er nicht „die Arbeit“, sondern ein Mensch ist, der allerdings unter anderem auch die Eigenschaft des Arbeiters hat; wenn er sich einfallen läßt, zu glauben, er brauche sich nicht als „die Arbeit“ als Ware im Markte kaufen und verkaufen zu lassen, so steht dem Bourgeois der Verstand still.

In der sozialistischen Gesellschaft gibt es keine andere Rücksicht, als das Wohl ihrer Glieder.

Mir müssen alle empfangen und lernen, sowohl von denen, die vor uns waren, als von denen, die mit uns sind. Selbst das größte Genie würde nicht weit kommen, wenn es alles seinem eigenen Inneren verdanken wollte.

### Sozialist sein

heißt keineswegs bloß, den Triumph einer bestimmten Partei vorzubereiten, einen bestimmten Teil des Volkes einfach zur Macht bringen. Nein, es heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Ruhe zusammenwirken sollen. Das gilt für die Kinder eines Landes sowohl als auch für die verschiedensten Nationen. Frieden soll an Stelle des Krieges treten, gegenseitige Dienste und Sympathie an die Stelle freitenden Eigenwillens und die Solidarität der Interessen an die Stelle der Jüggellosigkeit, der Selbstsucht.

### Besteigerte Lebensfreude.

Froh sein!

Gut sein, ist erste hohe Menschenpflicht! Froh sein ist mehr als Pflicht — ist Lebenskunst. Wer beides liebt, dem gibt des Schicksals Günst. Für harten Lebenskampf gar helles Licht.

Gut sein heißt Munden, lindert, mildert Qual. Froh sein geht rings um sich den goldenen Glanz. Still-kegen Glück, wenn auch der Sorgen Lang ist durch der Tage wüßes Bachkanal.

Froh sein hebt dich und andere empor Aus bleichem Nimm, dem Eiserlet. Berühmtegen Gärten traumverloren Tor

Laß dich dir auf, wenn ganz dich Frohsinn füllt. Von lehten Ketten mach dich Frohsinn frei. — Und nur aus Frohsinn dir auch Hoffnung quillt!

Wo es soviel Schönheit gibt, Da muß die Menschheit glücklich werden, Wenn sie nur ganz das Leben liebt.

Unseres Tages wollen wir uns freuen, Und liegen! Wir wollen uns nicht mehr biegen Ins Loch; und scheuen vergrämten Auges zu Boden blicken! Wir wollen mullige Blicke ins Elend schide. Dann muß sich das graue Grämchen biegen.

Die Regierungsparteien haben inzwischen für heute eine Billigungsformel eingebracht, die der Haltung der deutschen Delegierten in Genf zustimmt, den Ausgang der dortigen Verhandlungen bedauert und Beschleunigung der Rückwirkungen von Locarno schon vor dem deutschen Völkereintritt verlangt. Die Sozialdemokratie wird dieser Formel zustimmen können, da damit nach Stresemanns eigenem Zeugnis nur derjenige Teil der Regierungspolitik gebilligt wird, der die Fortsetzung der von ihr selbst eingeleiteten Außenpolitik darstellt. Die Völkischen möchten die Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Regierung in anderen Fragen gerne ausnutzen, um die Anhänger der Erfüllungspolitik gegeneinander zu heizen. Sie haben sich daher den Scherz geleistet, ein Vertrauensvotum für das Reichskabinett einzubringen, das sie selbst ablehnen wollen, für dessen Ablehnung sie aber mit den Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten auch die der Sozialdemokraten einzusammeln hoffen. Das Ergebnis wäre, daß die Regierung nach der Genfdebatte vom Reichstag bestätigt bekäme, daß sie das Vertrauen des Reichstages nicht verliere und zurücktreten müßte. Derartige Scherze mit ernsthaften parlamentarischen Formen werden aber wohl außer den aufgeregten Kreisen um Graefe kaum noch andere Parteien mitmachen. Auch die Kommunisten begreifen ja jetzt langsam den Sinn der demokratischen Verfassung und ihrer Auswertungsmöglichkeiten für die Arbeiterklasse besser als zu Zeiten des Getreides der abgefallenen Ruch-Führer-Gruppe, wenn sie auch außenpolitisch in Deutschland noch in Zukunftsphantasien schwimmen und Außenpolitik ihren russischen Freunden überlassen. An der deutschen Politik wird also die Fortführung des europäischen Ausgleichs von Locarno und die Ermittlung des Völkereintritts im September nicht weiter...

Preis: 20 Pfennige für geschlossene Anzeigen aus 4 Zeilen, 14 Pf. sonstwärts 17 Pf. Anzeigen unter 20 Pfennige 10 Pf. Samstagsanzeigen, Stellenanzeigen, Verzeiger, und Anzeigen von 1 Pf. kleine Anzeigen von 10 Pf. bis 1 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer samstags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptredaktion tags 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

## Reichstag.

stark besetzt; die Tribünen sind überfüllt. eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung alle des Reichstages und des Amtes. Auf Antrag des Hrn. v. Guérard: Anträge und Interpellationen, die sich auf Genf beziehen, mit dieser Beratung zu verbinden. Entwurfsungen verzieht der Berichtigen Ausschusses. (Nat.), nicht auf das Wort. Der Ausschuß beantragt, daß die Reichsregierung von der Ermächtigung zum Eintritt Deutschlands in den Völkereintritt in den Völkereintritt überlassen. über an Bedingungen knüpfen, zur übergehen soll.

Minister Dr. Stresemann: Geschichte der Genfer Verhandlungen ist bekannt, daß der Völkereintritt als Genf im Februar 1925 den Wunsch ausbrachte, id im Rat zusammenzuarbeiten. nach Überwindung schwerer grundsätzlicher Schwierigkeiten im Völkereintritt, aber es war gedrängt. Zweimal ist Deutschland aus dem Völkereintritt zurückgegangen. 1924 trat auf Wunsch der Mächte, die den Völkereintritt des Eintritts in den Völkereintritt voraus enthielt die Pflicht dieser Mächte, was das Inkrafttreten der Locarnoverträge ist selbst die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkereintritt als Kernstück der Beziehungen hatten. (Sehr richtig!) Aber, daß kurz nach dem Eintritte Deutschlands in den Völkereintritt die Verhandlungen über den Völkereintritt in Genf abgebrochen wurden, daß eine Rekonstruktion des Völkereintritts erfolgen soll, daß drei Mächte die Initiative erhoben, daß angeblich. Dieser Richtung gemacht worden waren. Der Völkereintritt in seinem Auswärtigen Ausschuß mit Rücksichtigung dahin geht, daß Deutschland gegen internationale Verhandlungen Beteiligung des Völkereintritts in Bezug auf ohne weitere Änderung des abe. Die Stellung der deutschen Reichsregierung bekannt. Hamburger Rede des Reichstages festgelegt worden. Man stand allgemein, daß die Aufnahme Deutschlands das einzige in der Lage des Völkereintritts sei. Die Anträge, Brasiliens und Bolens fanden starke Widerstände, am stärksten den öffentlichen Meinung. Die Regierung hatte der deutschen offiziell mitteilen, jede Vertagung der ständigen Sitzung die Hinzuziehung Deutschlands hinausginge, würde, wenn sie mit diesem Stande abe. Die deutsche Delegation konnte daher Genf reisen, daß tatsächlich die Entfaltung des Rates über den deutschen Sitz hinaus negativ ausgefallen sei.

Die deutsche Regierung hat, als andere Tendenzen bekannt wurden, auf das stärkste ihren Standpunkt gewahrt. Auf Antrag Chamberlains fand dann jene erste, zugleich entscheidende Sitzung der Rheinlandparlamentarier in Genf statt. Durch den Sturz Briands wurde die Situation erschwert. Aber die Auffassung einzelner Organe in Deutschland, daß der Sturz des Kabinetts Briands in diesem Augenblick ein Mandat sei (Sehr richtig rechts) ist absolut unhaltbar. Die deutsche Delegation ließ keinen Zweifel darüber, daß für sie eine Vertagung der ständigen Ratssitzung im Zusammenhang mit der Tagung des Völkereintritts für die Aufnahme Deutschlands die Zurückziehung des Aufnahmewunsches im Gefolge haben würde. Man hat darauf hingewiesen, daß die Zahl der Völkereintrittsmitglieder gewachsen und darum auch eine Vertagung der Ratssitzung wünschenswert sei. Wir haben erklärt, daß wir nicht prinzipiell solchen Wünschen ablehnend gegenüberstehen, daß aber eine Weltorganisation, die ihre Verfassung ändert, das nicht tun könne auf Grund dieser oder jener Versprechungen an einen oder jenen Staat, sondern erst auf Grund sorgfältiger Prüfung der vielen grundsätzlichen Fragen, die die Zusammenfassung des Völkereintritts betreffen. Diese grundsätzlichen Fragen in einer Kommission müßten wir vorlegen, ehe wir unser Einverständnis mit einer weiteren Vertagung der Ratssitzung erklären könnten. Man hat kritisiert, daß von deutscher Seite überhaupt die Anregung für eine solche Kommission gegeben worden sei. Der deutsch-nationale Abgeordnete Wiedler hat im Preussischen Landtag uns vorgeworfen, durch den negativen Ausgang der Genfer Verhandlungen hätten wir eine Verleumdung unserer Beziehungen zu manchen Staaten verurteilt. Eine Kritik an dem negativen Ausgang Genf nur jermat über, der für den bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkereintritt einsetzt. (Sehr richtig Zustimmung links.) Weil wir an unseren Bedingungen unerschütterlich festgehalten haben, kann man uns doch von anderer Seite nicht angehen. Wir verlangten, daß in dieser Tagung nur Deutschland einen Ratssitz erhält. Gegen eine eventuelle weitere Vertagung der Sitzung konnten wir uns nicht erklären. Deutschland konnte nicht sagen: Wenn ich im Völkereintritt einsetze, dann ist es die Zeit zu gegen jeden, der dann etwa noch etwas...



# Gewerkschaftsbew

## Das Koalitionsrecht in

Die Gewerkschaften sind die einzigen Zentralorganisationen, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. In diese ist es interessant, auf den von der Regierung etwa einem Jahre auf Veranlassung der Arbeit der Provinz herausgegebenen Erlaß hinzuweisen, welchen die Gewerkschaften alle Hand- und Fuß-Gewerkschaften einschließen, die öffentlichen Beamten für die Verfassung der Gewerkschaften gelten müssen. Der Verband muß mindestens 30 Mitglieder zählen, welche den gleichen Beruf ein und denselben Betrieb betreiben. Die Koalitionsrechte sind an die Verwaltungsbehörden einen Zwang stellen.

Die geschlechtlich zugelassenen Gewerkschaften juristische Personen, sie können mit der Arbeit Berechtigten verhandeln und mit ihr in Schlichtungsausschüssen vertreten sein. Ferner können sie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Erhaltung der Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung des Streik beschließen, voranzutreiben. Die öffentliche Ordnung nicht gefährdet und die Bürger nicht gefährdet werden. Ferner sind sie nicht verantwortlich für die Handlungen einzelner Mitglieder. Beim Konkurs von Banken, bei denen angelegt haben, haben sie bevorrechtigte Forderungen, gewisse Teile ihres Vermögens in Besitz zu nehmen, die Bestimmungen des und die Polizeiverordnungen, welche das Koalitionsrecht beschränken, sind auf die Gewerkschaften anwendbar.

Die Gewerkschaften haben folgende Aufgaben:

1. Schutz der Interessen und Hebung des Wohlstandes der Mitglieder.
2. Arbeitsbeschaffung für ihre Mitglieder.
3. Abklärung von Tarifverträgen mit den Arbeitgebern.
4. Aufrechterhaltung ihrer Mitglieder in Konsum-, Bau- und Kreditgenossenschaften von Sparkassen und sozialen Versicherungen.
5. Schaffung von Volks- und Berufsbildungsinstituten für ihre Mitglieder, Heranzüchtung usw.
6. Die Regelung von Streitigkeiten, sei es zwischen den Mitgliedern und den Arbeitgebern oder zwischen diesen und den Gewerkschaften.
7. Teilnahme an der Aufstellung, Beratung und Ausführung von Gesetzen, die Industrie so treffen durch freiwillige oder erzwungene Arbeit bei den Verwaltungs-, Rechts- und Instanzen.
8. Die Unterrichtung über die Arbeitsbedingnisse, wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die politischen, rechtlichen Verhältnisse an die Betriebsstellen.

Bei Streitigkeiten zwischen einer Gewerkschaft und einem Arbeitgeber kann die Verwaltungsbehörde beschleunigt werden, wenn dieser Verstoß gegen die Bestimmungen der Gewerkschaftsgesetze begeht. Die Verwaltungsbehörde kann die Streitigkeiten auf dem Wege der Schlichtung regeln, sofern der Konflikt die öffentliche Ordnung nicht gefährdet. Die Gewerkschaft stellt ihre Forderungen in der Regel schriftlich, die Arbeitgeber in der Regel mündlich. Die Verwaltungsbehörde kann die Streitigkeiten auf dem Wege der Schlichtung regeln, sofern der Konflikt die öffentliche Ordnung nicht gefährdet.

Nach dem Wortlaut der Regelung soll die Gewerkschaft den Betrieb als Grundlage der Verhandlungen betrachten. Es ist notwendig, die der Grundlage des Betriebes zu errichten. Gleiches gilt für die Aufrechterhaltung oder die Gewerkschaften oder gewerkschaftlichen Bünde gleichartigen Bünden einer anderen Provinz oder Landes vereinigen.

## Wichtig für Betriebsräte.

Eine für Betriebsratsmitglieder wichtige Entscheidung des Reichsgerichts. Von einer Firma bei der Mitte Mai 1924 dem Korrespondenten für Betriebsratsmitglieder gekündigt. Die Kündigung wurde nicht eingeholt. Da eine Betriebsratsmitglied war noch erfolgte, verlangte das gemäß dem Reichsgesetz die Fortzahlung seines Gehalts bis zur Erlangung einer neuen Stelle. Das Reichsgericht hat die Klage abgelehnt, da das Reichsgesetz einen Anspruch auf Gehaltszahlung nicht enthält. Der Betriebsrat hat die Klage abgelehnt, da das Reichsgesetz einen Anspruch auf Gehaltszahlung nicht enthält.

## Arbeitsrechtliche Rundschau.

### 1. Kündigung von Arbeitnehmern infolge Geschäftsunfähigkeit.

Auf Grund der Geschäftsunfähigkeitsverordnung kann ein Dienstverhältnis, das im Haushalt, Wirtschaftsbetrieb oder Gewerbebetriebe des unter Geschäftsunfähigkeit stehenden Arbeitgebers unterhalten ist, von diesem Arbeitgeber gekündigt werden (§ 11). Die Kündigung ist die gesetzliche, falls keine kürzere bedungen wurde. Die Kündigung einer Person, die unter Geschäftsunfähigkeit steht, ist nur dann zulässig, wenn die Kündigung die Interessen der Person nicht gefährdet. Die Kündigung ist die gesetzliche, falls keine kürzere bedungen wurde.

### 2. Kündigung von Arbeitnehmern infolge Geschäftsunfähigkeit.

Auf Grund der Geschäftsunfähigkeitsverordnung kann ein Dienstverhältnis, das im Haushalt, Wirtschaftsbetrieb oder Gewerbebetriebe des unter Geschäftsunfähigkeit stehenden Arbeitgebers unterhalten ist, von diesem Arbeitgeber gekündigt werden (§ 11). Die Kündigung ist die gesetzliche, falls keine kürzere bedungen wurde. Die Kündigung einer Person, die unter Geschäftsunfähigkeit steht, ist nur dann zulässig, wenn die Kündigung die Interessen der Person nicht gefährdet. Die Kündigung ist die gesetzliche, falls keine kürzere bedungen wurde.

# Schließt die Reihen!

Von Hans Sackmann, Bremen.

Jeder junge Mensch, der die Schule verläßt, wird sich gewiß noch erinnern, wie groß seine Freude war, als er seinen ersten Kameraden, die erste Schulfreundin fand. Einen gleichgesinnten Menschen gefunden zu haben, mit dem man alle kleinen Freuden austeilte und alle kleinen Leiden teilte, auf den man sich verlassen und dem man kameradschaftlich vertrauen konnte — das hat so manchen Kind die Schwierigkeiten im Wechsel von Elternhaus und Schule überwinden helfen. Und selbst noch nach vielen Jahrzehnten erinnern sich die Menschen gerne der ersten Kameradschaften und Freundschaften ihres Lebens. Aber bei dieser Annäherung zweier Menschen blieb es nicht lange. In ein, zwei Jahren hatten sich die Kinder einer Schulklassen so weit kennengelernt und aneinandergewöhnt, daß sie oft buchstäblich wie „Ach und Schwefel“ zusammenschloßen. Ein einheitlicher Geist, ein einheitliches Streben beherrschte dann so eine Klasse. So erzieht der Mensch eigentlich zuerst in der Schule die Gemeinschaft. Hier begreift er zuerst, daß der Mensch immer auf den Menschen angewiesen ist, und daß in der Gemeinschaft Kräfte und Fähigkeiten schlummern, die zur Entwicklung gelangen, die im einzelnen Menschen verflummern müßten.

Wenn die Schulklassen ins Erwerbsleben eintreten, machen sie ähnliche Erfahrungen. Die erste Zeit strömen so viele neue Eindrücke auf sie ein, daß sie ihre liebe Not haben, damit allein fertig zu werden. Wie gut ist es da, wenn man sich in der Mittagspause, auf dem Arbeitsweg, in der Fortbildungsschule mit dem Lehrkollegen oder der Arbeitskollegin über dies und das einmal aussprechen kann. So werden alljährlich nach der Schulentlassung zwischen vielen Tausenden jungen Proletariats- und Arbeiterkinder in den Fabriken, Werkstätten, Kontoren und auf den Arbeitsplätzen Kameradschaften geschlossen. Wie leicht verstehen sich hier die Jugendlichen, die alle aus dem Arbeiterstand kommen, die alle frühzeitig sich ihr Brot selbst verdienen müssen, die alle die gleichen Freuden und Nöte haben! Die Arbeit ist ein großer Gemeinsamem, der die Menschen einander näher bringt, ja, der die Proletarier oft sogar zwingt, sich einander anzuschließen. Das spürt auch schon der junge Arbeiter und die junge Arbeiterin, welchen Beruf sie nach ihrer Schulentlassung auch immer ergreifen mögen.

Aber wie die Schulkameradschaft in der Klassengemeinschaft aufgeht, so müssen auch die einzelnen Beschäftigten und jugendlichen Arbeiter sich einer großen Gemeinschaft anschließen. Gute Kameraden und Freundinnen können die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen immer bleiben, aber sie müssen sich mit Gleichaltrigen und Gleichgesinnten zusammenschließen. Was eine noch so ideale Freundschaft zwischen jungen Menschen auf die Dauer nicht zu geben vermag, nämlich edles Streben nach geistiger Bereicherung, ernstes Ringen nach einer eigenen Weltanschauung, Kampfesfreude, proletarisches Selbstbewußtsein, Naturerkenntnis und Fröhlichkeit, das alles findet der einzelne Jugendliche in der Gemeinschaft, in der Jugendbewegung vor.

Überdies: die Schulklassen finden das alles nicht in jeder beliebigen Gemeinschaft. Es gibt so viele Vereine und Organisationen, in denen die jungen Menschen wirklich nur ihre freie Zeit finden und nutzlos verstreuen. Die proletarischen Schulklassen sollten ihre Jugendjahre für zu wertvoll halten, als daß sie gedankenlos drauf los leben. Die Klasse, die dadurch entstehen muß, wird sich im ganzen Leben nicht wieder schließen. Darum werden die Schulklassen dankbar dafür sein, wenn man sie darauf hinweist, wie sie ihren Jugendjahren einen wertvollen Inhalt geben können, indem sie sich den vielen tausend proletarischen Mädchen und Jungen anschließen, die in der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands vereinigt sind.

Hier finden die Schulklassen eine Gemeinschaft vor, die sich ihrer mit Freuden annimmt. In den Reihen der Arbeiterjugend kommen die Schulklassen nicht in ein kameradschaftliches Verhältnis zu den übrigen Jugendlichen. Diese stammen ja aus den gleichen proletarischen Schichten, sie sprechen alle die gleiche Sprache, werden von den gleichen Sorgen und Nöten bewegt, ringen alle in gleicher Weise nach innerer Klarheit, haben alle denselben Erlebnisraum und sehnen sich alle nach reinen Freuden. Aber mehr noch: alle sind sie stolz darauf, junge Proletarier zu sein, und legen ihre Ehre daran, mitzuhelfen bei der Überwindung der großen Ungerechtigkeiten in der menschlichen Gesellschaft. Sie sind junge Sozialisten, und das will heißen, daß sie sich in brüderlicher und schwehender Liebe verbunden haben, um das Dunkel aus dem Leben der Arbeitermassen zu vertreiben und Licht und Freude, Glück und Freiheit den Proletariatskindern zu bringen. In der von Haß, Niedertracht, Gewalttaten und Verbrechen erfüllten Welt des Kapitalismus, die das Glück im Menschen verschüttet, gibt es nur einen Ort, wo sich die Menschen reinen Herzens Brüder und Schwestern nennen können: die sozialistische Gemeinschaft.

Die sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands ist aber nur ein Teil dieser Gemeinschaft. Auch sie hat ihre Kameraden, und zwar sind das die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich im Kampf für den Sozialismus zusammengeschlossen haben. Ist es nicht ein erhebendes Gefühl, wenn der Wille und Wunsch von Millionen Proletariatskindern in einem Willen und einem

Wunsch zusammenschmelzen: dem Volk der Arbeit die Freiheit und das Glück zu erkämpfen? Und zu der Gemeinschaft die Millionen, die eine neue, bessere Welt erbauen wollen, gehören auch alle die vielen Tausend Burden und Mädchen, die die Schulzeit beendet haben. So mancher ist darunter, der sich einsam und verlassen vorkommt, wenn ihm seine Liebesgötter Schulkameraden durch das vielgestaltige Erwerbsleben genommen werden. Aber warum den Kopf hängen lassen, wenn in der Arbeiterjugend die Schulklassen alles das viel besser wieder finden, was sie haben aufgeben müssen? In der Arbeiterjugend wird jeder junge Mensch Gleichgesinnte und auch Beschäftigte finden, die seinem Wesen entsprechen, und da die Arbeiterjugend eine wirkliche Arbeiterjugendbewegung ist, in der die Jugendlichen ihr Gemeinschaftsleben aus eigenem Willen und Ziel geschlossen kann. So werden die Schulklassen nicht mehr Einsamkeit und Isolation abtrotzen und in jedem Schritt und Tritt in der Millionenheer der sozialistischen Arbeiterjugend mitmarschieren. Erkennt darum, ihr Schulklassen, euren Wohl und das Wohl der gesamten Arbeiterschaft gilt unser Bedacht!

## Schließt die Reihen!

## Den neuen Jugendbündlern!

Zuerst so schüchtern, so besangen  
Kommt ihr in unsern lustig-frischen Kreis,  
Wißt kaum: was tun, wie anzufangen...  
Denn doch glüht schon auf euren Wangen  
Die helle Glut: sie bricht das Eis  
Und saßt in euch ein stämmiges Verlangen:  
Trotz mitzutan in unserm Selbst!  
Und bald seid ihr die tollsten Klagen,  
Wißt kaum vor Lust und Kraft: was anzufangen!  
Drei Zeil' zu eurer Jugendkraft: Ihr seid  
Der Märtyrer einer neuen Zeil'

## Das Brüdergefühl der Gemeinschaft.

Was es auch Großes und Unterirdisches zu erleben gibt: der Mitmenschen Freude zu machen, ist doch das Beste, was man auf der Welt tun kann.

Das Bewußtsein der Einheit unseres Wesens mit allen anderen offenbart sich in uns durch Liebe. Je mehr wir bei anderen Menschen lieben, um so weiter, voller und freudiger wird das Leben.

Je weniger der Mensch der Gewalt weicht, desto deutlicher zeigt er, daß kein knechtischer Keim in ihm lebt, daß er sich den Ecken, über die Gewalt Erhabenen in seiner Natur bewußt ist und je mehr einer strebt, durch Gewalt auf andere zu wirken, um so deutlicher zeigt er, daß er Herrschaft und Liebe, wodurch allein der Mensch gelenkt werden soll, nicht anzuwenden versteht.

Wer möchte zögernd noch beiseite stehen,  
Wo der Millionenritt der Masse dröhnt?

## Die Internationale der katholischen Jugend.

Auch die katholischen Jugendorganisationen aller Länder sind zu einer internationalen Organisation vereinigt, deren Zentrum sich in Rom befindet. Aus Anlaß des „Heiligen Jahres“ hatte diese katholische Jugendinternationale eine Jugendpilgerfahrt nach Rom durchgeführt, an der sich 3000 Jugendliche aus 30 Landesorganisationen beteiligten. Es waren Jugendpilgergruppen aus Österreich, Belgien, Brasilien, Kanada, Chile, China, Frankreich, Tschechoslowakei, Dänemark, Deutschland, England, Jugoslawien, Schweden, Spanien, Holland und nord- und südamerikanischen Staaten erschienen, die vom Papst empfangen wurden. Die deutsche Jugendgruppe war 240 Teilnehmer stark. Sie wurde nach den Beziehungen bei ihren Umzügen in Rom überaus begrüßt, die im Zuge mitgeführte schwarz-rot-goldene Fahne wurde von jedem Vorübergehenden begrüßt, was die katholische Jugend zu einem bitteren Vergleich mit den Verhältnissen im eigenen Lande veranlaßt. Während des Jugendtags fand gleichzeitig der 4. Internationale Jugendkongress statt, der die Aufgabe der katholischen Jugendinternationale endgültig festlegte und auf dem das Konzept eines deutschen katholischen Jugendführers, des Prälaten Hoppel-Münchens über das Thema: „Pflichten und Aufgaben gegenüber der Arbeiterjugend“ eine sehr lebhaft ausgesprochene gefordert wurde. Der nächste Kongress der katholischen Jugendinternationale, der 1927 in Frankreich stattfinden soll, wird sich ausschließlich und eingehend mit dieser selben Frage beschäftigen. Gegenüber diesen Veranstaltungen hat die G. L. J. allenfalls ihren Internationalen Jugendtag 1926 in Amsterdam zu einer wichtigen und überragenden Kundgebung für den sozialistischen Gemeinschaftsgebirgen zu gestalten.

## Wohnungsbaumitteln des vergangenen Jahres nicht hinreichend

Der vom Reichsausschuß für die Arbeiterwohnungsfrage gebildete Ausschuss hat mit Wirkung vom 1. Februar 1926 einen einheitlichen Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge für das gesamte Reichsgebiet festgelegt. Dieser Beitrag beträgt nunmehr 3 Prozent des Grundlohnes. (Reichsarbeitsblatt 1926 S. 29.) Davon ist 1 Prozent des Grundlohnes als Reichsanteil festgelegt. Demgemäß ist ein Drittel aller Beiträge, die bei den Arbeitnehmern für die Erwerbslosenfürsorge einbezogen werden, an die Reichsausschüsse abzuführen. (Reichsarbeitsblatt 1926 S. 46.)

### 1. Einheitslicher Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge für das Reichsgebiet.

Der vom Reichsausschuß für die Arbeiterwohnungsfrage gebildete Ausschuss hat mit Wirkung vom 1. Februar 1926 einen einheitlichen Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge für das gesamte Reichsgebiet festgelegt. Dieser Beitrag beträgt nunmehr 3 Prozent des Grundlohnes. (Reichsarbeitsblatt 1926 S. 29.) Davon ist 1 Prozent des Grundlohnes als Reichsanteil festgelegt. Demgemäß ist ein Drittel aller Beiträge, die bei den Arbeitnehmern für die Erwerbslosenfürsorge einbezogen werden, an die Reichsausschüsse abzuführen. (Reichsarbeitsblatt 1926 S. 46.)

### 2. Rechtsanwalte dürfen vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten auch keine öffentlichen Anträge stellen.

Nach dem Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz sind Rechtsanwalte als Bevollmächtigte vor diesen Gerichten nicht zugelassen. Das Landgericht i Berlin hat als Bescheidurteil unter dem 9. November 1925 (Reichsarbeitsblatt 1926 S. 47) entschieden, daß sich dieses Verbot nicht nur auf die mündlichen Verhandlungen beschränkt, sondern auch auf die schriftlichen Verhandlungen erstreckt, welche Anträge betreffen. Demgemäß können Anwälte auch nicht außerhalb der Verhandlung irgend welche Anträge stellen.

## Bei daher nur nochmals hervorgehoben, daß auf Grund der neuen

Verordnung lediglich Kurzarbeiter eines gewerblichen Betriebes, in dem regelmäßig mindestens zehn Arbeitnehmer beschäftigt sind, Unterstützung erhalten können, wenn sie in den letzten zwölf Monaten vor Eintritt der Kurzarbeit mindestens drei Monate auf Grund ihrer Tätigkeit pflichtversichert gegen Krankheit oder nach dem Angestelltenversicherungsgesetz waren. Ausscheiden müssen also Kurzarbeiter kleinerer und mittlerer Betriebe. Die Unterstützung ist, wenn sie benötigt wird, für den dritten, vierten und fünften ausfallenden vollen Arbeitstag einer Kalenderwoche zu gewähren. Die ersten beiden Ausfalltage gehen zu Lasten des Kurzarbeiters. Unterstützung wird, und zwar den Arbeitern desselben Betriebes höchstens in sechs aufeinander folgenden Wochen für voll ausfallende Arbeitstage, bewilligt, also nicht etwa, wenn hundertweise verüßigt gearbeitet wird. Sie berechnet sich nach dem Tageslohn, den der Kurzarbeiter als Erwerbsloser erhalten würde, also nach Hauptunterstützung zuzüglich Familienzuschlag. Bei drei Ausfalltagen darf sie in jeder Kalenderwoche einen Tageslohn, bei vier Ausfalltagen zwei Tageslöhne, bei fünf Ausfalltagen drei Tageslöhne nicht übersteigen. Für Kurzarbeiter mit mindestens drei ausfallenden Tagen der Angehörigen besteht erhöhte Sätze. Unterstützung wird nur gewährt, wenn der Arbeitgeber dem öffentlichen Arbeitsnachweis über Voraussetzungen und Höhe der Unterstützung Anzeige macht. Goll kann die Betriebsvertretung oder, falls sie nicht besteht, jeder Arbeitnehmer die erforderliche Anzeige erstatten.

### 3. Neue Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge.

Durch Anordnung vom 27. Februar 1926 (Reichsarbeitsblatt 1926 S. 62) sind mit Wirkung vom 1. März 1926 die Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge verändert worden. Im Betreff der Erwerbslosen, die keinen Familienzuschlag beziehen und nicht dem Haushalt eines anderen angehören, bei Personen über 21 Jahren in Ortsklasse A 1,62 Mark, in Ortsklasse B 1,42 Mark, in Ortsklasse C 1,22 Mark; bei Personen unter 21 Jahren sind hier als Höchstätze in Ortsklasse A 1, — Mark, in B 95 Pf., in C 68 Pf., festgelegt. Von der neunten Unterstützungswache an gelten für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger, die bis dahin dauernd unterstützt worden sind, wenn es sich um Personen unter 21 Jahren handelt, im Wirtschaftsjahr 1926 geringere Sätze: von 0,91 Mark in Klasse A, 0,85 Mark in Klasse B und 0,79 Mark in Klasse C.